Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1149; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176: der Abonnementsabteilung Nr. 1133

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Sechsundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 150. **Halle a. S., Freitag, den 29. März.** **1912.**

Mb. Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

(7. Sitzung, Donnerstag, 28. März.)

Am Ministertisch: Kommissare, später Beseler.

Präsident v. Wedel eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min.

Die Verordnung zur Bekämpfung der Maserneepidemie im Kurort Trebnitz, Kreis Trebnitz, wird ohne Erörterung genehmigt.

Die Vorlage über die Errichtung eines Amtsgerichts in Schönsee und die Aenderung der Amtsgerichtsbezirke Briesen, Gollub und Thorn wird ohne Besprechung angenommen, ebenso die Vorlage über die Errichtung eines Amtsgerichts in Gladbeck sowie der Entwurf über die Umlegung von Grundstücken in Wiesbaden.

Ueber die Vorlage auf Erweiterung des Stadtkreises Lichtenberg berichtet Staatsminister a. D. Dr. v. Schönstedt; er beantragt unveränderte Annahme. Das Haus beschließt so.

Der Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preußischen und hessischen Staatseisenbahnen — Berichterstatter Dr. von Burgsdorff — wird durch Kenntnisnahme erledigt, ebenso eine Darstellung des Ergebnisses der Verhandlungen des Landeseisenbahnetats von 1911 sowie der Eisenbahn-Baubericht für 1910.

Petitionen.

Eine Petition um Gleichstellung der Kanzleibeamten der Land- und Amtsgerichte mit den Kanzleibeamten der Oberlandesgerichte im Endgehalt wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, ebenso

die Petition um Verbesserung der Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Kanzleidiätare und Kanzleigehilfen (Militäranwärter) bei den preußischen Justizbehörden und

die Petition des Deutschen Kanzleibeamtenbundes um anderweitige Regelung des Besoldungsdienstalters der Justizkanzlisten.

Eine Petition um Uebernahme der beiden Einkommensteuerveranlagungskommissionen beschäftigter Privatangestellten in den Staatsdienst wird als Material überwiesen.

Eine Petition des Vorstandes des Berliner Lehrervereins bittet um Beförderung sämtlicher Kinder der Volksschule bei

Schulausflügen

im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr zum Kinderfahrpreise.

Berichterstatter Herr Dr. v. Burgsdorff.

Die Petition ist außerordentlich vernünftig. Es ist eine Erholung für jedes Kind, wenn es einmal aus dem Steinhaufen Berlin herauskommt. In Berlin wird es eine ganze Anzahl Kinder geben, die noch nie eine lebende Kuh oder ein lebendes Schaf gesehen haben. Ich beantrage Ueberweisung zur Erwägung.

Ein Kommissar: Mit Rücksicht auf die eigenartigen Berliner Verhältnisse hat der Minister angeordnet, vom 1. Mai ab für Schulen in weitestem Umfange Ermäßigung einzuführen.

Das Haus beschließt Ueberweisung zur Erwägung.

Die Petition des Magistrats zu Görlitz um Abstandnahme von der Einführung des Religionsunterrichts in den Pflichtfortbildungsschulen wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Schließlich fordern Petitionen von Berliner Haus- und Grundbesitzervereinen Inkraftsetzung des zweiten Teils des Reichsgesetzes über die Sicherung der Bauforderungen für Großberlin.

Berichterstatter Graf von der Schulenburg-Grünthal

beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung. Er verweist auf den Umstand, daß in Steglitz im Vorjahr 102 Personen die Bauerlaubnis erhielten und von ihnen nicht weniger als 72 pleite wurden. Aehnlich sollen die Dinge im Wedding, Moabit, Neukölln usw. liegen. Gegenwärtig stehen in Groß-Berlin 72 000 Wohnungen und 18 000 Geschäftsräume leer mit einem Gesamtmietswert von 36 Millionen Mark. Den Hauptverlust vom Bauschwindel haben aber nicht die Hausbesitzer, sondern die Handwerker. Beschließen Sie Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Ein Regierungskommissar: Der Minister kann den zweiten Teil nur einführen, wenn er der Ueberzeugung ist, daß in einem Bezirk lebhafter Bauschwindel herrscht. Bisher ist der Minister zu dieser Ueberzeugung nicht gekommen. Die nähere Untersuchung hat stets ergeben, daß das Material weder zuverlässig, noch beweiskräftig war. Der Minister braucht deshalb neue Unterlagen. Es sind bereits Erhebungen über die Jahre 1909/11 veranlaßt und zwar für Groß-Berlin, Breslau, Köln, Dortmund und Kassel.

Die Erörterung schließt. Das Haus überweist die Petition zur Berücksichtigung.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Nächste Sitzung unbestimmt, jedenfalls erst im Mai.

Schluß 3/4 1 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung, Donnerstag, 28. März, 10 Uhr.

Am Ministertisch: v. Trott zu Solz, Naumann.

Der Abg. Mizerski (Pole) hat seinen Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Korfanty zurückgezogen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bedauert

Abg. Winckler (Kons.)

daß das Haus nicht in der Lage ist, vor den Osterferien die Resolution wegen der Altpensionäre im Plenum zu behandeln. Er bedauert das um so mehr, als in der Resolution auch eine Reihe von Wünschen der Regierung gegenüber ausgesprochen ist, besonders in bezug auf die Bemessung der zu gewährenden Unterstützung, wofür allgemeine Grundsätze aufgestellt und dem Hause noch im Laufe der Tagung mitgeteilt werden möchten. Er bitte, den Gegenstand sofort nach den Osterferien vor das Plenum zu bringen, und er bitte weiter die Regierung, die Vorarbeiten für die später mitzuteilenden Grundsätze zu beschleunigen. (Beifall.)

Die Beratung des

Kultusetats

wird fortgesetzt beim Kapitel

Universitäten und Charitee-Krankenhaus Berlin.

Zunächst werden die Anträge weiter beraten, die sich auf die Gründung der

Universität Frankfurt a. Main

beziehen. Ein Antrag Dr. Friedberg (nl.) ersucht die Regierung, ihre Zustimmung zur Gründung der Universität Frankfurt nur dann zu geben, wenn der Charakter dieser Universität als einer Staatsveranstaltung im Sinne des preußischen Landrechts nach jeder Richtung hin gewährleistet ist. Der Antrag fordert weiter, daß die mit den Frankfurter Behörden, Instituten usw. abgeschlossenen Verträge vor Zustimmung zu der Gründung der Universität dem Hause vorgelegt werden.

Ein Antrag Graf d'Haussonville (kons.) fordert für den Fall der Begründung der Universität die Einstellung eines sie betreffenden blinden Titels in den Etat.

Ein Antrag Borchardt (Soz.) verlangt für die Universität Frankfurt volle Selbstverwaltung und Freiheit in der Berufung der Dozenten.

Ein Antrag Schmedding (Zentr.) fordert Ausbau der Universität Münster zu einer vollen Universität, sowie weiteren Ausbau der Universität Marburg.

Abg. Funck (Vp.):

Daß für den grandiosen Opfersinn der Frankfurter außer meinem Freunde Eickhoff in der Kommission niemand ein Wort der Anerkennung gefunden hat, ist bezeichnend genug. Gerade Frankfurt als Handels- und Industriestadt ist als Universitätsstadt geeignet. Die Studierenden müssen sich mit dem Wesen von Handel und Industrie befassen. Sehr gewundert hat mich, daß Dr. Bell so sehr für die Staatsautorität in Erziehungsfragen eintrat. Die Kirche nimmt doch gerade für sich einen sehr großen Einfluß in Erziehungsfragen in Anspruch. Dagegen sind wir Frankfurter die reinen Waisenknaben. Für eine neue theologische Fakultät besteht in Preußen überhaupt kein Bedürfnis. Die bestehenden sind schon schwach besucht. Dem Antrage Schmedding stimmen wir zu, aber nicht dem sozialdemokratischen. Es ist mir unklar, was die Sozialdemokraten damit bezwecken, obwohl er liberal schillert.

Abg. Dr. v. Campe (Natl.):

Wie Herr Dr. Bell für die Staatsautorität in Erziehungsfragen schwärmte, war für mich ein wirklicher, wenn auch seltener politischer Hochgenuß. (Heiterkeit.) Der abg. Bell befindet sich da natürlich auf einer schiefen Ebene, die nur zum Verderben führen kann! (Heiterkeit.) Die Hauptfrage ist für uns, ob es sich um eine staatliche Anstalt handelt. Im wesentlichen gehen wir mit der Auffassung des Ministers konform. Freilich hieß es in der Kommission, an die Stelle des Kurators solle hier ein Kuratorium treten, und gestern meinte der Minister, neben dem Kuratorium komme noch ein Kurator in Betracht. Dem Zentrumsantrage stimmen wir zu, ebenso dem konservativen in seinem ersten Teil. Den zweiten Punkt, der Einstellung eines blinden Titels in den Etat, können wir nicht annehmen. Ebenso lehnen wir den sozialdemokratischen Antrag ab, die Professoren der Frankfurter Universität sollen staatsrechtlich ebenso gestellt werden wie die der anderen Universitäten. Eine Ueberweisung an die Kommission erscheint unnötig. Man soll eine große wohltuende Sache nicht unnütz verschleppen.

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Mit den Anträgen der Nationalliberalen und der Konservativen, die ja inhaltlich gleich sind, kann ich mich einverstanden erklären. Es soll der Charakter einer staatlichen Universität bei der neuen Gründung gewahrt und die Sicherheit und Freiheit der wissenschaftlichen Lehre aufrechterhalten werden. Diese Forderung stimmt mit meinen Ausführungen durchaus überein und die Staatsregierung hat nichts dagegen einzuwenden. Die Einstellung eines blinden Titels in den Etat, wie ihn der konservative Antrag in seinem zweiten Teile will, erscheint unnötig. Er könnte uns für die Zukunft festlegen, und es könnte schließlich daraus für den Staat die Verpflichtung hergeleitet werden, die Universität aus seinen Mitteln zu unterstützen. Der zweite Teil des nationalliberalen Antrages, die mit den Frankfurter Behörden, Instituten und Privatpersonen abgeschlossenen Verträge vor Zustimmung zu der Gründung der Universität dem Hause der Abgeordneten vorzulegen, erscheint ebenfalls bedenklich. Er könnte eine gewisse Unklarheit erwecken. Die Universität muß auf denselben Grundlagen wie die anderen errichtet werden. Die Krone muß zuerst ihre Zustimmung geben, und vorher können wir die Abmachungen dem Abgeordnetenhause nicht vorlegen. Die Krone müsse ihr Recht gebrauchen können, diese Verträge von sich aus festzusetzen. Ich möchte daher grundsätzlich eine solche Bestimmung nicht zulassen. Im allgemeinen aber kann ich zu meiner Freude feststellen, daß ich in allen wesentlichen Punkten mich im Einklang mit dem Hohen Hause befinde. Es war mir vom höchsten Werte, die Stimmung hier kennen zu lernen, und ich kann zu meiner Freude feststellen, daß in der staatsrechtlichen Seite der ganzen Angelegenheit überhaupt keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Fraktionen und der Regierung zu bestehen scheint. Weiter möchte ich mich auf die Angelegenheit nicht einlassen. Wir stehen ihr durchaus nicht ablehnend gegenüber. (Beifall.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

begründet den Antrag Borchardt. Nirgendwo ist eine solche Verflachung der Universitäten durch den Staat eingetreten, wie in Preußen. Herr Bell hat gestern wieder einmal gezeigt, daß das Zentrum alles, geradezu alles kann. Es spielt sich jetzt als getreuer Schildhalter der Kronrechte auf. Warum nicht auch bei der Volksschule? Man will die Abgeschlossenheit der kleinen Universitäten vom großen Getriebe der Welt. Die Frankfurter Universität kann ebenso gut bestehen, wie die vortreffliche Abbesche Stiftung in Jena. Als der Redner sich über den Absolutismus der Unterrichtsverwaltung verbreitet, wird er vom Präsidenten zur Sache gerufen. Er schließt: Nachdem Frankfurt seine Forschungsinstitute eingerichtet hat, ist der Wunsch, eine Universität mit ihren Berechtigungen zu besitzen, nur selbstverständlich. Diesem Zweck soll auch unser Antrag dienen und zugleich der Freiheit der Forschung und der Lehre.

Abg. Schmedding (Zentr.):

Wenn auch mit Ausnahme der Sozialdemokraten das ganze Haus einig ist, daß zur Gründung der Universität ein Gesetz nicht notwendig ist, so bleiben doch die Zweifel bestehen, ob nicht das Budgetrecht des Landtages angetastet wird. Woher kommen die Mittel für der Beauftragten des Ministers? Die Stellung meiner politischen Freunde wird ganz und gar davon abhängen, welchen Einfluß die Kuratorien auf die inneren Verhältnisse der Universität Frankfurt ausüben. Der Redner befürwortet seinen Antrag auf Berücksichtigung der Universitäten in Münster und Marburg.

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Ich habe geglaubt, auf die vom Vorredner wiederum geäußerten Bedenken schon deutlich genug geantwortet zu haben. Das Budgetrecht des Landtages wird in keiner Weise angetastet werden. Auf den Lehrplan und die ganze innere Verwaltung der Frankfurter Universität wird jeder Einfluß der Kuratorien ausgeschlossen sein. Selbstverständlich brauchen wir die Kuratorien als besondere Organe für die äußere Verwaltung der Universität, für die Verwaltung der Finanzen, die ja von Staatsmitteln nicht abhängig sind. Ich hoffe, daß damit genügende Auskunft gegeben ist. Was den Antrag Schmedding anlangt, so kann ich versichern, daß wir in unserer Fürsorge für Münster nicht ablassen werden, und daß die Gründung der Universität Frankfurt keinerlei Bedeutung für die Stellung der Regierung gegenüber Münster hat. Wir werden nicht sagen, jetzt haben wir die Universität Frankfurt, jetzt brauchen wir nichts mehr für Münster zu tun. Auch für Marburg werden wir nach wie vor sorgen, und aus der Nachbarschaft der Universität Frankfurt keinen Grund entnehmen, weniger für Marburg zu tun als wir sonst getan hätten. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag Dr. Friedberg (Natl.) wird angenommen. Der konservative Antrag abgelehnt, dagegen der Zusatzantrag Schmedding (Zentr.) auf weitere Berücksichtigung der Universitäten Münster und Marburg angenommen. Der Antrag Borchardt (Soz.) abgelehnt.

Es folgt die

allgemeine Aussprache über die Universitäten.

Hierzu liegt ein Antrag Eickhoff (Vp.) vor: Die Regierung zu ersuchen, mit den Regierungen der anderen deutschen Bundesstaaten in Verhandlungen darüber einzutreten, daß auf allen deutschen Universitäten Lehrstühle für soziale Medizin errichtet werden, um die Studierenden der Medizin mit den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und der Arbeiterschutzgebung und mit den bei der Durchführung dieser Gesetze den Aerzten erwachenden Aufgaben vertraut zu machen.

Abg. Dr. Bell (Zentr.):

Berechtigt erscheint der Wunsch auf tunlichste Vermehrung der Ordinariate und Besserung der gesamten Lage der Extraordinarien. Wir behalten uns Anträge in dieser Richtung vor. Es wäre angezeigt, die Studentenschaft daran zu erinnern, daß sie doch nicht einseitig die Fachbildung, sondern auch die Allgemeinbildung pflegen möge. Besonders sollte mehr Wert auf die Sozialwissenschaft gelegt werden. Es darf nicht mehr vorkommen, daß ein mitten in der Praxis stehender Jurist sich in der Kenntnis des sozialen Rechts von einem Arbeitersekretär vertreten läßt. Ich halte es für notwendig, daß Lehrstühle für soziales Recht eingerichtet werden. Dem fortschrittlichen Antrag auf Einrichtung von Lehrstühlen für soziale Medizin stimmen wir zu. Die Ueberfüllung der Universitäten muß Veranlassung zu einer Warnung vor zu zahlreichem Universitätsbesuch geben. Bedenklich ist noch immer der Trinkzwang in der Studentenschaft, wenn auch auf diesem Gebiet schon eine kleine Wendung zum besseren zu verzeichnen ist.

Abg. Eickhoff (Vp.):

Dem Antrag v. Schenkendorff stimmen wir zu. Wünschenswert bleibt nach wie vor ein Lehrstuhl für Kolonialrecht und ein Ordinariat für Kolonialwirtschaft. Dann sollte den Studierenden Gelegenheit geboten werden, an jeder Universität Vorlesungen über Pädagogik zu hören; jedenfalls muß für Pädagogik mehr getan werden, als früher geschehen ist. Mit dem Fortschritten der sozialen Fürsorge werden auch Lehrstühle für soziale Medizin notwendig; die Aerzte müssen die Ursachen der Krankheiten kennen lernen, die unsere soziale Versicherung notwendig gemacht haben. Auch die Versicherungsträger haben ein Interesse daran, weil der unterrichtete Arzt sie über manchen falschen Schritt aufklären kann. Eine derartige Einrichtung wäre ein wirkliches Verdienst für unsere soziale Gesetzgebung. (Beifall links.)

Abg. Graf Clairon d'Haussonville (Kons.):

Die bestehenden Professuren für Kolonialrecht genügen zurzeit, nachdem einige neu eingestellt sind. Die Anregung des Abg. Eickhoff, Lehrstühle für soziale Medizin zu errichten, erscheint doch nicht unbedenklich; es ist zu befürchten, daß es an dem nötigen Lehrpersonal fehlen wird. Wir sind aber mit Ueberweisung des Antrages an die Unterrichtskommission einverstanden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (Natl.):

Wir sind bereit, für den Antrag Eickhoff zu stimmen, obwohl wir ihm nicht ohne Bedenken gegenüberstehen. Leider geht die Zahl der ordentlichen Lehrkräfte ständig zurück. Die neuen Bestimmungen über die Entziehung der venia legendi gegenüber Privatdozenten scheinen mit den Bestimmungen des Disziplinargesetzes im Widerspruch zu stehen. Es ist z. B. vorgekommen, daß einem Privatdozenten, der zum Leiter eines größeren städtischen Krankenhauses ernannt wurde, die venia legendi nur wegen seiner Ernennung entzogen wurde. Die Stellung der Abteilungsvorsteher muß durchaus noch weiter verbessert werden.

Minister v. Trott zu Solz:

Die Bestimmungen über die Entziehung der venia legendi der Privatdozenten stehen mit den Vorschriften des Disziplinargesetzes durchaus nicht im Widerspruch. Es ist lediglich festgelegt worden, daß die venia legendi von selbst erlöschen kann, und es wird bestimmt, daß gewisse Vorgänge ebenso angesehen werden sollen, als wenn die venia legendi von selbst erloschen sei. Die früheren Privatdozenten haben ja vielfach jede Verbindung mit der Universität verloren, wohnen an einem anderen Orte usw. Da ist zum Beispiel die philosophische Fakultät selber mit dem Vorschlag hervorgetreten, doch derartige Bestimmungen zu treffen. Ich gebe zu, das wird nicht überall notwendig sein. Wenn einem Privatdozenten die venia legendi entzogen werden soll, nur weil er zum Leiter eines größeren städtischen Krankenhauses ernannt worden ist, so muß ich sagen, das wird im allgemeinen richtig sein. Es sind jedoch Ausnahmen zulässig, und unter Umständen wird es sicher im hohen Grade wünschenswert sein, daß der Leiter einer solchen Krankenanstalt Privatdozent bleibt. Sollte ihm die venia legendi trotzdem verweigert werden, so hat der Betreffende ja das Recht, sich an den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120329010/fragment/page=0001

Minister zu wenden. Dann ist die Lage der Extraordinarien besprochen worden. Jedenfalls erkenne ich an, daß man auch den Extraordinarien noch weiter wird entgegenkommen können.

Geheimrat Elster:

Zum Antrag Eickhoff muß ich voranschicken, daß die Unterrichtsverwaltung den Ausführungen des Abg. Eickhoff, daß unsere Ärzte auf diesem Gebiete gründlich unterrichtet sein müssen, durchaus beipflichtet. In früheren Jahren ist dieses Kapitel ja vom Abg. Mosenow mit großer Wärme behandelt worden. Aber wir fragen uns: was ist nun eigentlich soziale Medizin? Und da kommen wir zu dem Ergebnis, daß zwischen dem materiell-medizinischen und formell-juristischen Teil des Gegenstandes unterschieden werden muß. Die hier in Betracht kommenden Materien lassen sich unmöglich in einer Hand zentralisieren. Deshalb wird auf diese Dinge in einzelnen Vorlesungen eingegangen. Auch die juristische Frage wird in einzelnen Vorlesungen hinreichend behandelt. Fast an jeder Universität finden Sie Vorlesungen über die Reichsversicherungsordnung, über die Arbeiterschutzgesetzgebung usw. und eingermaßen mangelhaft stehen heute nur noch Greifswald und Königsberg da. Ich glaube deshalb nicht, daß ein Bedürfnis vorliegt, einen besonderen Lehrstuhl für soziale Medizin zu begründen, weil durch diesen Lehrstuhl wir gar nicht das schaffen können, was die Herren sich wünschen. Selbstverständlich ist auch die Zeitungsnachricht: wir seien mit einem anderen Bundesstaat zwecks Errichtung eines solchen Lehrstuhls in Verbindung getreten, durchaus irrig.

Der Antrag Eickhoff wird der Unterrichtskommission überwiesen.

Beim Titel „Zuschuß für die Universität Berlin" wünscht

Abg. Heine (Natl.):

eine Zentralstelle für das Zoologische Museum, die es ermögliche, daß auch Außenstehende sich an seinen Arbeiten beteiligen können. Irgendwie muß das möglich sein.

Beim Titel „Zuschuß für die Universität Breslau" bemerkt

Abg. Dr. Wagner (Freikons.):

Wenn einmal einem deutschen Studenten in Rußland Unrecht geschieht, dann treten für ihn hoffentlich Liebknechts Genossen in der Duma mit demselben Eifer ein, wie es heute Liebknecht für den Russen getan hat. (Lärm b. d. Soz.) Wird ein Lehrstuhl für soziale Medizin geschaffen, so kommt nach Berlin wohl zunächst Breslau in Betracht.

Abg. Graf Wartensleben-Rogäsen (Kons.)

dankt für die Errichtung der Musikprofessur an der Universität Halle.

Abg. Delius (Vp.):

Das neue geisteswissenschaftliche Seminar in Halle hat sich gut bewährt. Ich begrüße auch die geplante Erweiterung des landwirtschaftlichen Instituts. Die Räume für die chirurgische Klinik sind ungureichend. Erregung hat wachgerufen, daß die Universitätsbehörde der Organisation der freien Studentenschaft Schwierigkeiten macht.

Abg. Heine (Natl.):

Auf die finanziellen Nöte der Göttinger Universitätsbibliothek habe ich wiederholt verwiesen. Deshalb begrüße ich das Erscheinen der ersten Rate von 100 000 Mark mit besonderer Freude. Für die Bildungsanstalten in Hannover könnte überhaupt mehr geschehen, zum Gedeihen und Blühen unserer Landesuniversität.

Abg. Dr. Arning (Natl.)

bittet bei der Zentralisierung des zahnärztlichen Unterrichts auch die Universität Göttingen zu berücksichtigen.

Es folgt die Beratung des Antrages v. Schenckendorff (Natl.), die neueren Bestrebungen der staatlichen Jugendpflege, soweit sie die körperliche Ertüchtigung fördern will, auch auf die akademischen Kreise auszudehnen.

Abg. Dr. v. Schenckendorff (Natl.):

Es ist keine neue Erscheinung, daß an unseren Hochschulen ein frisches Leben zur Förderung der körperlichen und nationalen Ertüchtigung herrscht. Schon in den Freiheitskriegen konnte man solche Bestrebungen beobachten. Unter dem Einflusse des Zentralausschusses für Volks- und Jugendspiele ist das Turnprinzip wieder mehr in Aufnahme gekommen. Und so umfaßt der akademische Bund für Leibesübungen gegenwärtig bereits 100 Einzelverbindungen. Leider fehlt es an den nötigen Einrichtungen, an Turnhallen und Spielplätzen. (Beifall.)

Minister von Trott zu Solz:

Auch ich halte es für zweckmäßig, das Verständnis für die Leibesübungen zu fördern. Nun klagt aber der Vorredner, daß diese Bestrebungen bei der Unterrichtsverwaltung nicht die nötige Unterstützung finden. Das ist aber nicht ganz zutreffend. Wir haben an einer Reihe von Universitäten eigene Turnhallen und Spielplätze, und erst vor wenigen Tagen habe ich vom Landwirtschaftsminister die Nachricht bekommen, daß er ein 10 Hektar großes Gelände im Grunewald für einen Spielplatz zur Verfügung stellen wird. (Beifall.) In Kiel ist ein hübsches Spielplatz der Stadt vorhanden, ebenso in Bonn. In Aachen sind von privater Seite 60 000 Mark zur Verfügung gestellt worden, so daß jetzt auch dort ein Spielplatz geschaffen werden kann. Sie sehen, daß die Unterrichtsverwaltung auch diesem Zweige der Universitätsverwaltung ihre Fürsorge zuwendet.

Abg. Schmedding (Zentr.):

Wir stimmen dem Antrage zu. Wenn der Minister die Heranziehung einer körperlich gesunden und sittlich tüchtigen Jugend forderte, so gilt dies namentlich für die akademische Jugend.

Der Antrag v. Schenckendorff geht an die Unterrichtskommission.

Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben wünscht

Abg. Dr. Hintzmann (Natl.)

eine bessere Ausstattung des Neubaues des Physikalischen Instituts in Bonn, etwa nach dem Muster des Physikalischen Instituts der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule.

Damit ist das Kapitel „Universitäten" erledigt.

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa:

Es wird mir nicht leicht, die Beratungen vor den Ferien zu vertagen. Ich habe aber die Ueberzeugung, die Beratung des Kapitels „Höhere Lehranstalten" können nicht an einem Tage erledigt werden. Nach dem bisherigen Verlauf der Beratungen hat sich das bestätigt. Ich schlage daher vor, daß wir uns vertagen.

Das Haus schließt sich dem an.

Nächste Sitzung: 16. April, 12 Uhr: Weiterberatung des Etats. Eisenbahnverwaltung.

Präs. Frhr. v. Erffa:

Ich bemerke noch, daß die Tagesordnung im Einvernehmen mit dem Berichterstatter und dem Ministerium hereinbart worden ist. Wir werden also nach Erledigung des Eisenbahnetats mit der Beratung des Kultusetats fortfahren.

Schluß 5 Uhr.

Mb. Deutscher Reichstag.

37. Sitzung, Donnerstag, den 28. März, 10 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Kraetke.

Der Deutsch-Bulgarische Handelsvertrag wird in dritter Lesung verabschiedet, ebenso das Etatnotgesetz gegen dieses stimmen die Sozialdemokraten.

Der Postetat.

Die zum Gehaltstitel des Staatssekretärs gestellten drei Resolutionen werden angenommen: einstimmig die Resolutionen auf Erweiterung des Erholungsurlaubs der Unterbeamten und Gleichstellung der elsaß-lothringischen Beamten mit den Kollegen von der Reichseisenbahn hinsichtlich der Gewährung nichtpensionsfähiger Zuschüsse; gegen die Rechte und Zentrum wird angenommen die Resolution auf anderthalbfache Anrechnung des Sonn- und Feiertagsdienstes und Rückdatierung des Beginns des Nachtdienstes auf acht Uhr abends.

Zum Erfindertitel, der mit 8000 Mark dotiert ist, macht

Abg. Dr. Struve (Vp.):

der Postverwaltung den Vorschlag, sich selbst eine Prämie auszusetzen für die Erfüllung der Beschlüsse des Reichstags; denn wenn sie das einmal fertig bringe, wäre das die nützlichste Erfindung, die im deutschen Post- und Telegraphenwesen überhaupt nur möglich sei. (Heiterer Beifall.)

Beim Titel „Oberpostdirektor" spricht

Abg. Kunert (Soz.)

über Sozialistenschnüffelei der Oberpostdirektion in Halle bei der Stadtverordnetenwahl, spricht von gemeinen Denunziantenstreichen, von einem Akt unverschämter Reaktion, von Gewohnheitsverbrechertum und fragt den Staatssekretär, was er getan habe, um solche Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich zu machen.

Unterstaatssekretär Granzow:

Im Halleschen Bürgerverein wurde behauptet, daß eine bestimmte Anzahl von Postbeamten sozialdemokratisch gewählt habe. Die Oberpostdirektion betrachtete das als Vorwurf gegen die Ehre der Beamten und suchte festzustellen, ob das wirklich der Fall gewesen ist. (Lärm der Soz. und Rufe: Geht sie gar nichts an!) Sie hat dann eine Berichtigung erlassen, um den Vorwurf gegen ihre Beamten zurückzuweisen. (Lärm der Soz. Abg. Ledebour ruft: Das ist eine Unverschämtheit sondergleichen!)

Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Abg. Ledebour zur Ordnung.

Unterstaatssekretär Granzow:

Die Oberpostdirektion hat den Vorwurf (Rufe der Soz.: Das ist kein Vorwurf!) — als solcher wurde er allgemein aufgefaßt — zu entkräften versucht. Das ist ihr Vergehen, das ist die unverschämte Reaktion!

Abg. Graf Praschma (Zentr.)

bittet um weitere Einführung des Brieftelegrammverkehrs.

Staatssekretär Kraetke:

Wir haben einen Versuch gemacht und uns einstweilen auf Orte mit telegraphischem Nachtdienst beschränkt, weil da Einstellung von Beamten nicht notwendig ist. Liegt ein Bedürfnis vor, so werde ich dem gern entsprechen.

Abg. Dr. Weill (Soz.):

In Metz ist noch viel Seltsameres passiert als in Halle. Dort hat unmittelbar vor der Stichwahl die Oberpostdirektion den Beamten einen Revers vorgelegt, worin sie bescheinigt, daß sie von dem Erlaß des Staatssekretärs von 1898 über die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie Kenntnis genommen habe. Der Erlaß stammt aus der seligen Zeit des Husarengenerals Pobbielski, sein Geist geht jetzt noch um. Der Erlaß betont, daß jede sozialdemokratische Betätigung mit dem Dienst- und Amtseid des Beamten unvereinbar ist (lebhafte Zustimmung), und daß solche Beamten im Dienst nicht geduldet würden. (Lebhafter Beifall.) Ist diese Wahlbeeinflussung mit Billigung des Staatssekretärs erfolgt?

Staatssekretär Kraetke:

Ich habe keine Verfügung erlassen; die Oberpostdirektion hat auf Grund eines sozialdemokratischen Flugblattes es für nötig gehalten, auf den Erlaß von 1898 hinzuweisen. Sie können doch nicht verlangen, daß die Behörde ruhig zusieht, wenn die Sozialdemokratie Unwahrheiten verbreitet.

Abg. Dr. Struve (Vp.):

Die große Mehrheit des Hauses wäre sehr dankbar, zu hören, ob der Staatssekretär auch jetzt noch an seiner vor 5 oder 6 Jahren geäußerten Absicht festhält, daß er sich in die Wahlfreiheit der Beamten nicht einmische.

Staatssekretär Kraetke:

In meiner Meinung ist keine Aenderung eingetreten; die Oberpostdirektion Metz hat auf eine alte Verfügung hingewiesen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Ein solcher Erlaß verstößt gegen den vom Minister geleisteten Eid. (Unruhe. — Präsident Dr. Kaempf rügt diese Bemerkung.) Daß es ein Vorwurf ist, daß jemand einen Sozialdemokraten wählt, verbitten wir uns, das ist unanständig. (Der Präsident weist den Redner zurecht, auch noch ein drittesmal, als er den Vorwurf der Eidesverletzung wiederholt.)

Abg. Werner-Hersfeld (Rfpt.)

befürwortet erweiterten Erholungsurlaub der Assistenten und spricht gegen die Anstellung weiblicher Beamten.

Abg. Dr. Struve (Vp.):

Wie steht es mit der Geheimhaltung der Personalakten? Vor einigen Jahren haben es alle Parteien gefordert; inzwischen haben wir weiter nichts darüber gehört, als daß Verhandlungen schweben. Hier kann der Staatssekretär den Beamten wirklich einmal eine Freude machen; viel Freude haben sie bei dieser Beratung des Postetats nicht gehabt.

Abg. Dr. Arendt (Rp.)

widerspricht dem Abg. Werner. Die Einstellung weiblicher Beamten ist ein wirtschaftliches und finanzielles Bedürfnis.

Zum Titel „Unterbeamte in gehobener Dienststellung" liegt eine Reihe von Resolutionen vor. Die Budgetkommission beantragt Revision des Besoldungsgesetzes zur Durchführung der in der zweiten Lesung der Besoldungsordnung vom Reichstag beschlossenen Gehaltssätze, besonders für Postschaffner und Postassistenten; Beseitigung der Härten und Unstimmigkeiten in der Festsetzung der Bezüge besonders des Wohnungsgeldzuschusses bei den Postunterbeamten, den örtlichen Lohn- und Lebensverhältnissen entsprechende Bezahlung der in der Postverwaltung beschäftigten Personen und etatsmäßige Anstellung der Anwärter für die Schaffnerklasse nach durchschnittlich zehnjähriger Beschäftigung; ein Unterantrag des Grafen Westarp (Kons.) und Erzberger (Zentr.) verallgemeinert diese Forderung auf die Zivilanwärter für die Unterbeamtenklasse. Die Abgg. Bet-Heidelberg (Natl.) und Hubrich (Vp.) beantragen in drei Resolutionen Herabsetzung des von den Unterbeamten geforderten Leistungsmaßes an wöchentlichen Dienststunden; Ausgleich des erheblichen Unterschiedes in der Besoldung zwischen den bis 31. März 1905 und den nach diesem Zeitpunkt in gehobene Stellen beförderten Unterbeamten; ferner gleichmäßige Anrechnung aller anstellungsberechtigenden Dienststellen auf das Besoldungsdienstalter.

Abg. Giesberts (Zentr.):

Man soll die Versäumnisse der Besoldungsreform jetzt bei der günstigen Finanzlage nachholen, aber so schlecht ist die wirtschaftliche Lage der Unterbeamten keineswegs, daß sie berechtigt wären, ihrer Unzufriedenheit durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels Ausdruck zu geben. Dieses Pressionsmittel wirkt weder bei den bürgerlichen Parteien noch bei der Regierung. Der Redner bittet besonders um Besserstellung der Unterbeamten im Industriebezirk.

Staatssekretär Kraetke

wiederholt seine Ausführungen aus der Kommission. Die Oberpostdirektionen sind angewiesen, wo es bisher geschehen ist, den Unterbeamten nicht ein größeres Arbeitsmaß als früher aufzuerlegen. Ich werde prüfen lassen, ob in diesem oder jenem Ort, besonders in den Industriebezirken etwa die Löhne zu niedrig sind. Ein Einheitsfach ist wegen der verschiedenen Verhältnisse im Osten und Westen nicht möglich, das sehen auch die Leute selbst ein. Die Verwaltung ist bestrebt, die besten Verhältnisse für das Personal zu schaffen.

Abg. Dr. Struve (Vp.):

Ich gebe zu, daß sich die Zulagen nach den örtlichen Verhältnissen richten müssen, aber es wäre doch wünschenswert, daß die Oberpostdirektionen die Vollmacht bekommen, von sich aus Zulagen zu gewähren. Sehr merkwürdig ist, daß die Zulagen nur 8 Jahre lang gewährt werden. Bleibt nach 8 Jahren die feste Anstellung aus, so hören die Zulagen trotzdem auf. Redner begründet einige weitere Resolutionen seiner Partei, bleibt aber auf der Tribüne völlig unverständlich. Er bringt auch Klagen von Postunterbeamten aus Kiel vor, deren Namen er nicht nennen darf. Bei der Finanzreform von 1909 und den damit zusammenhängenden Besoldungsvorlagen haben die Konservativen nach eigenem Eingeständnis einen Fehler gemacht. Sie haben aber seitdem nichts getan, um den Fehler wieder gut zu machen. Das ist um so bemerkenswerter, weil gerade der Abg. Pauli-Hagenow mit Versprechungen für die Postunterbeamten besonders um sich geworfen hat. Er hat sogar erklärt, daß er deshalb vor einem Konflikt mit der Regierung nicht mehr zurückschrecken würde. Aber leider ist bei der Erbschaftssteuer der Abg. Pauli aus einem Saulo ein Pauli geworden. (Heiterkeit.) Man sollte sich bemühen, in bezug auf das geforderte Leistungsmaß der Eisenbahnverwaltung näher zu kommen. Selbstverständlich aber kann man nicht zu einer Besserung der Verhältnisse gelangen, wenn man, wie ein mir vorliegender Fragebogen einer Oberpostdirektion an die ihr unterstellten Verkehrsämter zeigt, die Ermittlungen über die Möglichkeit der Herabsetzung des Arbeitsmaßes so anstellt, daß man die Frage formuliert: in welcher Weise kann eine Ermäßigung der Dienstzeit ohne Vermehrung der Kräfte eintreten? Darauf wird natürlich nur eine negative Antwort erfolgen können. Wir begrüßen es gewiß, wenn der Staatssekretär erklärt, er wisse sich frei von Mißtrauen gegen die bestehenden Organisationen der Beamten. Aber wichtiger wäre es uns gewesen, wenn der Staatssekretär erklärt hätte, er lege Wert darauf, die Wünsche seiner Beamten möglichst zu befriedigen. (Sehr richtig! links.) Wir bitten, die vorliegenden Resolutionen möglichst einmütig anzunehmen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Ebert (Soz.):

Keine Beamtenkategorie ist bei der Besoldungsreform so schlecht weggekommen, wie die Postunterbeamten; es sind Hungerlöhne, und das Zentrum ist schuld daran. Die Rede Giesberts war wieder ein Zeichen für die politische Wandlung des Zentrums.

Unterstaatssekretär Granzow:

Bei den Postboten kann man nicht von Hungerlöhnen sprechen. Wir haben in den letzten elf Monaten 16 000 Gesuche um Aufnahme in den Unterbeamtendienst ablehnen müssen, 3 bis 4000 haben wir vorgemerkt. Daraus geht doch hervor, daß diese Bewerber die Unterkunft in unserer Verwaltung als eine günstigere Versorgung ansehen, als in anderen Berufen.

Abg. Giesberts (Zentr.):

Gegen das Unannehmbar der Regierung bei der Besoldungsreform war für die Unterbeamten nicht mehr zu erreichen. Die Sozialdemokraten sind jetzt die stärkste Partei: mag sie doch jetzt erreichen, was den bürgerlichen Parteien nicht möglich war!

In der Abstimmung werden sämtliche Resolutionen mit dem Abänderungsantrag angenommen.

Abg. Mertin-Oels (Rp.)

befürwortet eine Resolution Beck-Hubrich auf Anstellung von Erwägungen über die Errichtung einer Pensionskasse für Postagenten und Vorlegung einer Denkschrift.

Staatssekretär Kraetke

gibt eine Zusage. Die Resolution wird angenommen.

Bei den Löhnen der Post- und Telegraphenarbeiter fordert

Abg. Ickler (Natl.)

eine Erhöhung der Bezüge der Arbeiter, die Postarbeiter wünschen die Errichtung von Pensionskassen und die Aufnahme in die Krankenkasse der Postbeamten.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.)

gibt zu erwägen, ob nicht eine Pensionskasse für alle im Reichsbetrieb beschäftigten Arbeiter geschaffen werden könne.

Staatssekretär Kraetke

stellt fest, daß alle diese Wünsche nur erfüllt werden können, wenn alle beteiligten Ressorte zusammengehen.

Abg. Dr. Struve (Vp.)

schließt sich dem Abg. Ickler an und betont die Notwendigkeit eines Zentralarbeiterausschusses.

Die Ostmarkenzulagen.

Abg. Schlee (Natl.):

Wir bestreiten, daß die Ostmarkenzulagen politische Bedeutung haben. (Lachen der Soz. und Polen.) Die preußische Polenpolitik geht den Reichstag nichts an. (Unruhe der Polen und Soz.) Der Dank für die Liebe, die die preußische Regierung den polnischen Provinzen entgegengebracht hat, war 1863 der polnische Aufstand. (Zuruf: Das ist doch eine politische Rede!) Der Ausdruck „Korruptionsprämie" wird durch die Wiederholung nicht richtig. Unsere Postbeamten erfüllen ihren Dienst in treuer Pflichterfüllung, haben sich das allgemeine Vertrauen der Deutschen, wie der Polen erworben. Ihr Dienst in den gemischtsprachigen Gegenden ist überaus schwierig. Ich habe nichts dagegen, die Zulagen auch in anderen Gegenden zu geben, wo die Polen sich in größerer Zahl aufhalten. Man würde nicht verstehen, daß die Zulage für die Reichsbeamten gestrichen wird, während die preußischen sie weiter beziehen. Ich bitte die Regierung, zu erwägen, ob die Zulage nicht in einen Teil des festen Gehalts mit Pensionsberechtigung umgewandelt werden kann. Das Haus aber bitte ich, die Vorlage anzunehmen. (Lebhafter Beifall bei den Liberalen und rechts.)

Abg. Wendel (Soz.):

Herr Schlee war beim polnischen Aufstand sieben Jahr alt; aus der Perspektive des Siebenjährigen beurteilt er die polnische Frage. (Unruhe.) Es waren russische Polen, nicht deutsche und ein sehr berechtigter Aufstand, ein Schandfleck der preußischen Regierung. (Unruhe. Vizepräsident Dr. Paasche rügt diese Tonart.) Herr v. Sybel, ein Nationalliberaler, sprach damals von dem Bismarckschen Vorgehen als von Menschenschlächterei. (Unruhe.) Wie die Nationalliberalen von heute aussehen, hat der Vorredner eben glänzend bewiesen. Sein Wohlwollen ist auf dem Boden des nationalen Chauvinismus gewachsen.

Abg. Schultz (Rp.):

Ich protestiere im Namen aller national gesinnten Deutschen gegen diese unerhörten Aeußerungen des sozialdemokratischen Redners gegen den Fürsten Bismarck. (Leb-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120329010/fragment/page=0002

(Lebhafter Beifall, Gelächter der Soz.) Es ist unerhört, daß so etwas in diesem Hause passiert, daß man solche Worte in einem Parlament hört, das nur durch die Kraft und die Arbeit Bismarcks existiert. (Lebhafter Beifall, Lärm der Soz.) Es werden nicht viel von den 110 Sozialdemokraten übrig bleiben, wenn das deutsche Volk die Gesinnung erkennt, aus der diese Schmähungen hervorgegangen sind. (Beifall. Gelächter der Soz. Ledebour ruft: Sybel hat ja von Menschenschlächterei gesprochen!) Sybel hat seine Worte längst bereut und widerrufen. Hier wagt es ein parlamentarischer Anfänger im deutschen Reichsparlament (Großer Lärm der Soz.), Bismarck, dem wir alles verdanken, mit solchen Schmähungen zu überhäufen! (Stürmischer Beifall, Tumultszenen.) Ein deutsches patriotisches Herz konnte dazu nicht schweigen. (Erneuter Beifall.)

Vizepräsident Dr. Paasche bittet den Redner, sich nun dem Gegenstand der Verhandlung zuzuwenden.

Abg. Schultz:

Auch die Anmaßung des noch nicht 27 Jahre alten Abgeordneten gegen den in den Ostmarken altgewordenen nationalliberalen Redner weise ich zurück. (Abg. Ledebour ruft: Es gibt auch alte Esel!

Vizepräsident Dr. Paasche ruft ihn zur Ordnung.

Nun zu den Ostmarkenzulagen. Ein Korruptionsfonds sind sie in keinem Fall. Unsere Beamten in den Ostmarken sind noch genau so integer, rein und unversehrt, wie vor dem Empfange der Zulagen; wer darüber im Zweifel war, kann jetzt für die Zulage stimmen. Heute handelt es sich nur um die Weiterbewilligung der Zulagen; die Beamten haben ihre Lebenshaltung, die Erziehung ihrer Kinder, ihre Wohnungsverhältnisse danach eingerichtet. Sie können ihnen jetzt nicht ein Zehntel ihres Gehalts nehmen. Das wäre ein unerhörter Vorgang in der Geschichte des Parlaments. Es würde eine Erregung unter den Beamten hervorrufen. Ich kann nicht glauben, daß die Polen schon das letzte Wort gesprochen haben. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Kons.):

Die Zulagen werden gezahlt wegen der besonderen persönlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten in den Ostmarken. Der Antrag der Polen ist ein Ausfluß der großpolnischen Agitation, die jede Gemeinschaft der Polen mit dem deutschen Element ausschließen will, die die Bevölkerung in zwei feindliche Lager spaltet und den Beamten die Erfüllung ihrer Pflichten so schwer macht. Dafür wird die Zulage gegeben. Es ist kein Fall nachgewiesen, in dem sie wegen des politischen Verhaltens der Beamten gewährt oder versagt oder entzogen ist. Ueber Beamtenrechte unterhalte ich mich mit den Sozialdemokraten nicht, da besteht zwischen uns ein tiefer Abgrund. (Beifall.) Die Liberalen sind für die Zulagen; in der Provinz Posen tobt der heiße Kampf zwischen konservativ und liberal nicht, da hat man sich im Nationalinteresse geeinigt.

Auch die Herren vom Zentrum waren in der Provinz Posen vielfach im Wahlkampf mit den anderen Deutschen gegangen; ich kann die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß auch heute das Zentrum sich für die Ostmarkenzulage aussprechen wird. Für die ersten drei Monate, wenn nicht für das ganze Jahr, können sich die Beamten die Zulage gerichtlich erstreiten, denn das Etatnotgesetz ermächtigt die Regierung für drei Monate. Für Elsaß-Lothringen hat das Zentrum vorhin eine Resolution auf Gewährung einer ähnlichen Zulage angenommen. (Hört, hört!) Aus seiner Wegnerschaft in Preußen sollte es keine Konsequenz für das Reich ziehen, denn dort ist die Zulage anders konstruiert, und für Preußen erreichen Sie durch die Streichung doch nicht für den Etat! Das Urteil Sybels über Bismarck willigen Sie die Zulage; sollte das jetzt nicht der Fall sein, dann hoffe ich auf die dritte Lesung. (Beifall.)

Abg. Seyda (Pole):

Ich bin erstaunt, wie man den Korruptionsfonds ableugnen kann. Gewiß, die Entziehung der Zulagen ist eine Härte, aber nicht wir sind daran schuld. Für eine Allgemeinerung der Zulage auf das ganze Reich würden wir stimmen.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.):

In Konsequenz unserer bisherigen Haltung, auch im Preußischen Landtag, werden wir auch jetzt gegen diese Zulagen stimmen.

Abg. Ledebour (Soz.):

Wir werden Ihr Wohlwollen für die Beamten auf die Probe stellen: in der dritten Lesung werden wir die Ausdehnung der Zulagen auf das ganze Reich beantragen. (Abg. Schultz: Sie stimmen ja nachher doch nicht für den Etat!) Das Urteil Sybels über Bismarcks Unterstützung der Menschenjagd des russischen Zaren ist noch heute gerechtfertigt.

Staatssekretär Kraetke.

Ein Nachweis der schädlichen Wirkung der Ostmarkenzulage ist bisher von den Polen noch nicht erbracht. Ich appelliere an ihr Herz, (Gelächter bei den Soz.) an Sie alle hier im Hause. Es handelt sich auch um polnische Beamte. Wir stehen zwei Tage vor dem 1. April, die Leute müssen Miete zahlen. Ich appelliere nochmals an Ihr Herz. (Schallendes Gelächter der Soz.) Sie werden mich nicht überschreien. Wenn es gilt, für die Beamten einzutreten, ist meine Stimme groß genug, um die Ihrige zu übertönen. (Andauerndes Gelächter der Soz.) Stellen Sie doch wenigstens den Antrag, daß die Ostmarkenzulagen künftig wegfallend sein sollen. (Hört! Hört!) dann erreichen Sie für 1913 Ihren Zweck. (Hört! Hört!) So brennend ist die Sache doch nicht, daß Sie zwei Tage vor dem 1. April 6000 Beamte in Unruhe und Verlegenheit bringen müssen. (Beifall. Gelächter der Soz.)

Die Aussprache schließt. In namentlicher Abstimmung werden die Ostmarkenzulagen mit 188 Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen und des Zentrums gegen 122 Stimmen gestrichen. (Anhaltende Bewegung.)

Beim Kapitel „Telegraphenlinien" empfiehlt:

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.)

eine Resolution, die ein günstigeres Arbeitsverhältnis für die Arbeiter und Handwerker der Postverwaltung nach verschiedenen Richtungen fordert, ferner eine Denkschrift über die Frage einer Pensionskasse, sowie Berichte über die Arbeiterausschüsse und statistische Nachweise über Löhne usw.

Die Resolutionen werden angenommen.

Abg. Dr. Burckhardt (Wirtsch. Vgg)

bringt als Berichterstatter der Petitionskommission einen Fall zur Sprache, wonach jemand wegen verspäteter Bestellung einer Geldsendung durch Verschulden der Post in erhebliche Gerichtskosten kam, deren Ersatz die Post ablehnte. Er empfiehlt im Namen der Petitionskommission eine Aenderung der Postordnung mit Uebernahme der Haftpflicht für solche Fälle.

Direktor im Reichspostamt Kobelt

erhebt Bedenken dagegen.

Eine Resolution Beck-Hubrich auf portofreie Beförderung von 5 Ko.-Paketen für Soldaten wird angenommen.

Der Postetat wird erledigt.

Beim Etat der Reichsdruckerei kommen wieder die gewerkschaftlichen Streitigkeiten zwischen dem allgemeinen Buchdruckerverbande und dem christlichen Gutenbergbunde zur Sprache.

Direktor im Reichspostamt Aschenborn

erklärt, daß der Direktion der Reichsdruckerei nicht bekannt sei, daß Mitglieder des christlichen Verbands von solchen des sozialdemokratischen Verbandes terrorisiert worden seien. (Hört! Hört!) Die Direktion würde Schikanen der Arbeiter untereinander keineswegs dulden.

Der Etat der Reichsdruckerei wird erledigt.

Es werden einige Wahlen für gültig erklärt.

Berichterstatter Abg. Schlee (Natl.) stellt fest, daß eine Behauptung der „Deutschen Tageszeitung", wonach die Wahlprüfungskommission festgestellt habe, daß ein Flugblatt des Bundes der Landwirte zur Wahl des Dr. Blunck von Dr. Struve verfaßt sei, falsch ist.

Abg. Dr. Struve (Vp.):

Zwischen den Zeilen der „Deutschen Tageszeitung" ist überall Perfide. Ist das deutsche Art? Herzliches Beileid der konservativen Partei zu dieser Journalistik! (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Oertel (Kons.)

erklärt, der Artikel sei nicht von ihm. Die „Deutsche Tageszeitung" werde Dr. Struve antworten.

Abg. Hoff (Vp.):

Also kein Wort des Bedauerns! Es handelt sich um einen frivolen beabsichtigten Angriff auf die Ehre eines Reichstagsabgeordneten.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Das Verhalten der „Deutschen Tageszeitung" ist geradezu moralwidrig. (Lachen rechts.) Sie lachen Herr Kreth und Herr Graf Westarp? Sie billigen das also? Sie handeln damit selbst moralwidrig. (Präsident Kaempf rügt den Ausdruck.)

Abg. Dr. Oertel (Kons.):

Die „Deutsche Tageszeitung" wird die gebührende Antwort geben. Sie hat sich nur an eine Behauptung des Wahlprotests gehalten.

Abg. Struve (Vp.):

Kein Wort des Bedauerns, kein Wort der Entschuldigung! Das ist dieselbe Presse, die in langen Leitartikeln die lex Wagner zum Schutz der persönlichen Ehre forderte. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich hätte nie gedacht, daß so geringe geistige Qualitäten und ein solcher Mangel an Umgangsformen genügen, jemanden zum Hauptschriftleiter der „Deutschen Tageszeitung" zu machen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Der Bericht der Wahlprüfungskommission ist schuld. Er ist ungeschickt abgefaßt. Er rührt von einem Juristen her, daher die Unklarheit. (Gr. Heiterkeit.) Wir müssen die Sache also milder auffassen.

Abg. Schwartz-Lippstadt (Zentr.):

Wozu haben wir den Paragraphen 11 des Preßgesetzes? Das soll Dr. Struve mit der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung" ausmachen und nicht die Zeit des Hauses begeuden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Graf Westarp (Kons.):

Die konservative Partei hat mit dem Artikel der „Deutschen Tageszeitung" nichts zu tun. Bei Herrn Stadthagen zeigt sich die Wahrheit des Sprichworts vom Glashause. Die sozialdemokratische Presse kämpft ja mit nichts anderem als mit Verdrehung und Verleumdung. (Lebhafter Beifall rechts, Lärm der Soz.).

Abg. Hoff (Vp.):

In dem Artikel der „Tagesztg." wird absichtlich der Anschein erweckt, als ob von seiten des Abg. Struve ein Täuschungsversuch gemacht worden sei.

Abg. v. Brockhausen (Kons.)

erklärt als Vorsitzender der Wahlprüfungskommission, daß gegen die Fassung des Berichts der Kommission von keiner Seite Einspruch erhoben worden sei.

Die Wahl wird für gültig erklärt.

Nach neunstündiger Sitzung vertagt sich jetzt das Haus auf Dienstag, den 16. April, 2 Uhr: Zweite Lesung des Etats (Reichseisenbahnen).

Präsident Dr. Kaempf entläßt das Haus mit den besten Osterwünschen.

Schluß 7¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Zusammenkunft der Dreibundminister?

„Matin" erfährt, daß Herr v. Bethmann Hollweg auf seiner Rückreise von Korfu nach Berlin in Rom und Wien Begegnungen und Unterredungen mit dem italienischen und dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern haben wird.

Forderungen der neuen Wehrvorlage.

Wie der „Voss. Ztg." über den Inhalt der neuen Wehrvorlage von zuverlässiger Seite noch mitgeteilt wird, ist in Preußen die Erhöhung des Etats von 96 weiteren Infanterie-Bataillonen und 84 Batterien geplant. Das in Preußen neu zu errichtende Kavallerieregiment wird wahrscheinlich im Westen errichtet werden. Die Verstärkung der Kavallerie in Bayern dürfte dahin zu verstehen sein, daß Bayern an die Errichtung der bei einzelnen seiner Kavallerieregimenter fehlenden fünften Eskadrons herangehen will. Dem Vernehmen nach wird von den fünfzehn Landwehrinspektionen, die in Preußen hinzutreten sollen, der größere Teil schon 1912 errichtet.

Die dritten Bataillone sollen nur bei den kleineren Regimentern an der Ost- und Westgrenze errichtet werden. Die Abgaben von verfügbaren Brigaden für die beiden neuen Korps werden die Korps betreffen, die den neuen benachbart und mit Rücksicht auf die Grenzverhältnisse selbst schon stärker ausgestattet waren. Im Osten kommen in Frage das 1., 2. und 17. Korps, das erste Korps mit einer ganzen Division; im Westen das 8., 14., 15. und 16. Armeekorps, das 14. mit den linksrheinisch gelegenen Teilen seiner 39. Division. Die siebente Armee-Inspektion dürfte im Westen errichtet werden.

Die rettende Tat.

Der Freiherr v. Hertling erklärte in seiner Rede in der bayerischen Abgeordnetenkammer am 22. März, der Vorschlag, die Liebesgabe zur Deckung der Wehrvorlagen heranzuziehen, sei von einem norddeutschen Bundesstaat ausgegangen. Wie man jetzt von zuverlässiger Seite erfährt, war die mecklenburgische Regierung die Erzeugerin jener originellen Idee, die in der Ministerkonferenz am 14. März als rettende Tat akzeptiert wurde.

Ein Hauptmann von einem Musketier erschossen.

Ein Vorfall, der stark an die heute noch in Dunkel gehüllte Krosigkaffäre in Gumbinnen erinnert, hat sich am Donnerstag in Osterode in Ostpreußen zugetragen. Dort wurde der Hauptmann Reetsch vom Infanterie-Regiment Nr. 18 von dem Musketier Elmersleben erschossen. Darauf gab sich der Täter durch einen Schuß selbst den Tod. Ueber den Mord berichtet das „B. T.":

Osterode in Ostpreußen, 28. März.

Heute vormittag gegen 11 Uhr wurde Hauptmann Reetsch, der Kompaniechef der 11. Kompagnie des Infanterie-Regiments v. Grolman (1. Posenisches) Nr. 18, auf dem Kasernenhof von dem der gleichen Kompagnie angehörenden Musketier Elmersleben, der im ersten Dienstjahre stand, erschossen. Der Musketier befand sich auf dem Gang seines Kompagniereviers und schoß vom Gangfenster aus mit seinem Dienstgewehr auf seinen Hauptmann. Dieser wurde in die linke Brustseite getroffen und stürzte sofort tot zu Boden. In der Begleitung des Offiziers hatten sich einige andere Offiziere befunden. Bevor sich diese im ersten Schreck klar wurden, was eigentlich geschehen war, krachte auch schon ein zweiter Schuß auf dem Kompagniegang. Der Musketier hatte sich selbst durch einen Schuß in den Kopf getötet. Ehe noch einige im Kompagnierevier anwesende Unteroffiziere und Soldaten herbeieilen konnten, war die Tat geschehen. Beide Leichen wurden in die Leichenhalle des Garnisonlazaretts gebracht.

Nach einem weiteren Telegramm soll die Ursache des Vorfalles darin zu suchen sein, daß angeblich Hauptmann Reetsch gegen seine Untergebenen sehr streng war. Ob dies wirklich zutrifft oder eine Ursache diesem Drama zugrunde liegt, muß die Untersuchung aufhellen.

Beileidskundgebungen für Traeger.

Unter den zahlreichen Beileidskundgebungen, die bei der Tochter des verstorbenen Abg. Traeger eingegangen sind, befindet sich auch ein Telegramm des Reichskanzlers, das folgenden Wortlaut hat:

„Die Nachricht von dem Tode Ihres Herrn Vaters, dieses bis in die letzten Wochen noch so rüstigen Seniors im Reichstage, hat mich aufrichtig betrübt. Ich bitte Sie, gnädige Frau, und die übrigen Hinterbliebenen, sich meines herzlichen Beileids versichert halten zu wollen.

gez. Reichskanzler von Bethmann Hollweg."

Vom Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf ist an den Vorsitzenden der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei des Reichstags folgendes Telegramm eingegangen:

„Die Kunde von dem Ableben des Reichstagsabg. Geheimen Justizrats Albert Traeger hat mich mit aufrichtiger Trauer erfüllt. Der Fortschrittlichen Volkspartei gestatte ich mir zugleich namens der Kolonialverwaltung mein herzlichstes Beileid zu dem schweren Verluste, welcher die Partei betroffen hat, zum Ausdruck zu bringen. Mit vorzüglichster Hochachtung Solf."

Die Einigungsverhandlungen im Schneiderlohnkampf gescheitert.

Trotz aller Bemühungen des Ratssyndikus Dr. Hiller vom Frankfurter Gewerbegericht sind Donnerstag nachmittag die Einigungsverhandlungen im deutschen Schneidergewerbe, die seit Dienstag vormittag stattfanden, gescheitert. Der Haupthinderungsgrund einer Einigung lag darin, daß die Arbeitnehmervertreter auf örtliche Tarifberatungen auch fernerhin bestehen, wohingegen der Arbeitgeberverband einen Tarif für ganz Deutschland vorgeschlagen hatte.

Die Bewilligung des kaiserlichen Gnadenfonds

in der reichsländischen zweiten Kammer scheint nunmehr gesichert. Es wird darüber aus Straßburg geschrieben:

„Der Kampf um den kaiserlichen Gnadenfonds dürfte bald erledigt sein. Man hat einen Ausweg gefunden, wie man die Sache beilegt. Die Regierung gibt eine Erklärung ab und so viele Leute vom Zentrum bewilligen ihn, wie nötig sind, um die Forderung durchzubringen. Ein kleines Kontrollrecht wird dem Parlament zugestanden werden. Die Regierung soll im Großen, wie es heißt, Angaben über seine Verwendung machen und 1914, wenn der Oberrechnungshof die Rechnung prüft, wird sie mit noch einigen weiteren Auskünften aufwarten. Bei dem Fonds für geheime Polizeiausgaben wird man dem Parlamente indeß wohl noch weiter entgegenkommen. Ueber den kaiserlichen Gnadenfonds den Etat scheitern zu lassen, hat die Mehrheit des Zentrums nicht gewagt.

Hof- und Personalnachrichten.

Bau der Kronprinzenresidenz durch Prof. Schultze-Naumburg.

Seit längerer Zeit bereits stand fest, daß die jetzige Residenz des Kronprinzen, das Marmorpalais in Potsdam, für die Hofhaltung nicht genügt. Der erste Plan, das Marmorpalais jetzt, solange der Kronprinz in Langfuhr wohnt, durch Um- und Anbauten zu erweitern, wurde bald fallen gelassen, ebenso der Plan, das Schloß Babelsberg für die Bedürfnisse der kronprinzlichen Hofhaltung herzurichten. Vielmehr neigte der Kronprinz einem Neubau zu, der im Neuen Garten zu Potsdam am Ufer des Jungfernsees, einer Bucht des großen Wannsees, errichtet werden sollte. Der Neubau, der das Schloßartige vermeidet und den Charakter eines großen Landsitzes trägt, ist nunmehr Professor Schultze-Naumburg und den Saalecker Werkstätten übertragen worden, nachdem die Vorprojekte auch die Zustimmung des Kaisers gefunden haben. Die Vorarbeiten sind bereits so weit gediehen, daß wahrscheinlich schon in allernächster Zeit mit den Ausschachtungsarbeiten begonnen werden kann. Die Residenz wird mitsamt der Inneneinrichtung eine Bauzeit von ca. 2 Jahren in Anspruch nehmen, so daß der Bezug zum Sommer 1914 stattfinden kann.

* Der Präsident der Kommission für die erste juristische Prüfung, Geheimer Justizrat Dr. August Coing in Berlin, wird, wie verlautet, am 1. August dieses Jahres von seiner Stellung zurücktreten. (Der hervorragende Jurist, der als Vorsitzender der Prüfungskommission allen Referendaren bekannt ist, ist zurzeit der älteste Senatspräsident am Kammergericht.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120329010/fragment/page=0003

Ausland.

Tripolis.

Die Pforte in Erwartung neuer Vorschläge.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Mitglieder des Kabinetts versammelten sich heute im Hause des Großwesirs, um die Meldungen der türkischen Botschafter in Europa über den Krieg zu besprechen. Die Telegramme der Botschafter lauten sehr beruhigend und stellen fest, daß die Dispositionen der Mächte für die Türkei günstig sind. Seit zwei Tagen macht sich in leitenden Kreisen Hoffnung auf diskutierbare Friedensvorschläge bemerkbar. Ferner behandelte der Ministerrat die Frage der türkisch-persischen Grenzregulierung. Es wurde einstimmig der Wunsch ausgedrückt, diese Frage so rasch als möglich zu erledigen.

Die Aktionspläne der italienischen Flotte.

Einige römische Korrespondenten Pariser Blätter wollen erfahren haben, daß eine Flottenaktion in dem Golf von Bomba bevorsteht. Der Golf und die Inseln sollen durch die Flotte besetzt werden, und dann Tobruk, dem es an Trinkwasser fehlt, als Basis der Flottenoperationen ersetzen.

Der Mailänder „Secolo" brachte die Meldung, daß die italienische Flotte die Einfahrt in die Dardanellen erzwungen und vier türkische Kriegsschiffe in den Grund gebohrt habe. Die Meldung wird jetzt in einem Telegramm aus Konstantinopel als vollständig erfunden bezeichnet.

Die Unruhen in China.

Die „Exchange Telegraph Company" meldet aus Tientsin, daß Juanschikai von einer schweren nervösen Niedergeschlagenheit ergriffen ist. Die Sorgen des Präsidenten nehmen eben keineswegs ab, und es sei im Augenblick nicht zu sagen, was aus der gegenwärtigen Lage sich eigentlich entwickeln wird. In manchen chinesischen Kreisen hege man die Hoffnung, daß eine Militärdiktatur eingerichtet werden möchte. In Sutschou, der Hauptstadt von Kiangsu, haben nach einem Kabeltelegramm aus Schanghai, die Truppen gemeutert; sie brachen plündernd in die Fremdenniederlassung ein. Die Lage ist ernst.

Das Schuljahr an der deutschen medizinischen und technischen Schule für Chinesen wurde unter unerwartet großem Andrange eröffnet. Es ist infolgedessen notwendig, für die unterste Klasse noch einen Parallelkursus einzurichten.

Abflauen des englischen Streikes.

Der Verband der Grubenbesitzer nahm am Donnerstag eine Resolution an, die die Grubenbesitzer auffordert, alle Anstrengungen zu machen, um das Gesetz über die Mindestlöhne durchzuführen. Der Vorstand der Gewerkschaft der Bergleute von Warwickshire hat seine Mitglieder aufgefordert, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Die Gewerkschaft zählt 10 000 Mitglieder. Nach einer Zeitungsmeldung wird erwartet, daß in Lenarkshire in Schottland und in Nordwales gegen 13 000 Bergleute die Arbeit wieder aufnehmen werden.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 29. März

Der städtische Kartoffelverkauf

soll jetzt von neuem aufgenommen werden. Die Teuerungskommission ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß gerade jetzt ein dringendes Bedürfnis vorliegt, der Bevölkerung den Einkauf gesunder Kartoffeln für billigen Preis zu ermöglichen.

Die Kartoffeln sollen zu 50 Pfund abgegeben werden.

Trauring-Inschriften.

Die uralte Sitte, Ringe und insbesondere Trauringe mit Inschriften zu versehen, ist in letzter Zeit in erfreulicher Weise wieder aufgekommen. Verschiedene Aufsätze des um diese Wiederbelebung alter deutscher Sitte wohlverdienten Essayisten Willy Bauer, Würzburg, haben uns darüber aufgeklärt, ein wie kurzes Lebensalter der für so uralt gehaltene schlichte Reif hat, und uns auf die künstlerischen und vielfach prunkvollen Trauringe der Gotik, Renaissance und des Barok aufmerksam gemacht. Und nicht bloß künstlerisch, individuell dem Geschmack der Besteller angepaßt, auch tiefen Sinn wußten unsere Altvordern ihren Traureifen, dem Symbol gegenseitiger Hingabe, einzuprägen mit dem Aufzisselieren wohlbedachter, aus dem Herzen kommender Widmungen. Und nicht allein Deutschland, schon in Italien weckte der Humanismus Erinnerungen an Roms und Griechenlands Blüte, und statt des alten Pax (Friede) oder Ave wurde in lateinischer Sprache gestochen: „Was Gott vereint, soll der Mensch nicht scheiden." Ludwig der Heilige von Frankreich ließ dem Ringe seiner Verlobten zwischen Lilien und Margueriten eingravieren: „Hors cet anel point n'ay d'amour" („Außer diesem Ring habe ich keine Liebe"). In England wurde das Versprechen verewigt in: „True love woll never renove" („Wahre Liebe wird niemals wanken"), oder: „Endlos ist meine Liebe, wie dieser Ring es zeigt". Und hier setzt auch der Reformgedanke, den namhafte Kunstwerkstätten der Edelmetallindustrie aufgegriffen haben, ein: Warum nicht auf dem glatten Ringe, der in seiner Form dem Auge und Herzen nichts bietet, einen schwachen Abglanz der schönen Minnezeit, ein stets sichtbares „Gedenken", denn endlos bleibt doch seine Form, ewig der Sinn!

Wie lieblich geht das: „Du bist min, ich bin din" des Wernher von Tegernsee, oder „Myt Wylle Dyn Eygen" der Verlobten Frangypanis auch dem höchst modernen Bräutigam heute noch ein von den Lippen der strahlenden Braut, und muß einst die junge Frau den kunstvoll mit Myrthen-, Rosen-, Eichen- oder Eseubändern ziselierten Reifen auch zur besonderen Arbeit wie ihre anderen Ringe einen Augenblick ablegen, so wird ihr das Wiederaufstecken stets besondere Genugtuung bereiten, wie einst unseren Großeltern der Traureif am Zeigefinger des Sonntags zum Kirchgang unerläßlich war als Zeichen alteingesessener bürgerlicher Ehrbarkeit und gediegener, manchmal prunkvoller Lebensführung.

Hallischer Fußballsport.

Um die mitteldeutsche Meisterschaft findet am kommenden Sonntag nachmittag ½3 Uhr auf dem Platze unserer 96er am Zoologischen Garten ein Spiel der Zwischenrunde statt, das schon deshalb das größte Interesse erregen wird, weil der Vertreter unseres Saalegaues, der hiesige Wacker, an dem Kampfe beteiligt ist. Bei der ausgezeichneten Form, die unser Gaumeister gerade in seinen letzten Spielen bewiesen hat, dürfen wir ja erwarten, daß er unsere Stadt würdig vertreten wird; immerhin dürfte ihm sein ausgezeichneter Gegner, die Magdeburger Cricket-Viktoria, einen äußerst scharfen Kampf liefern; sie ist zurzeit gleichfalls ausgezeichnet in Form, konnte sie doch erst am letzten Sonntag das Spiel der Vorrunde gegen Minerva-Wittenberge mit nicht weniger als 12 : 1 mühelos gewinnen. Wegen der Bedeutung des Wettspieles, das von Max Müller (V. f. B.-Leipzig) geleitet wird, sind für kommenden Sonntag sämtliche anderen Spiele von mittags 1 Uhr ab verboten.

Herrn Otto Sonne, dem früheren Chef- und Feuilletonredakteur der Saale-Zeitung, jetzt Chefredakteur der Leipziger Illustrierten Zeitung, ist vom Großherzog von Hessen das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens Philipps des Großmütigen verliehen worden.

gz. **Die 27. Jahresversammlung der Deutschen Zoologischen Gesellschaft** findet vom 27. bis 29. Mai in Halle statt.

Christlicher Verein Junger Männer, Geiststr. 29. Am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, wird Herr Oberlehrer Reingardt aus Calbe einen Vortrag halten über das Thema: Die Bedeutung der Revolution in China. Jeder junge Mann ist eingeladen, der Zutritt ist frei.

Provinzialnachrichten.

Der Mörder der Frau Schumann.

Stedten, 28. März. Heute vormittag fand die Obduktion der Leiche der ermordeten Frau Schumann statt. Der Staatsanwalt war anwesend. Die Verletzungen des kleinen Enkels der Ermordeten sind nicht so erheblich, wie es zunächst hieß.

Nach hier gelangten Meldungen soll der Mörder Rabenalt in einem Leipziger Gasthofe, wo er sich Speise und Trank hatte geben lassen, verhaftet worden sein.

Pockenerkrankungen.

Sondershausen, 26. März. Nachdem schon am 11. d. M. ein polnischer Arbeiter der Domäne Holzthaleben wegen Erkrankung an Pocken (Blattern) dem hiesigen Landkrankenhaus zu geführt worden war, mußte wieder ein solcher dorthin übergeführt werden. Aus diesem Grunde wurden die polizeilichen Maßregeln durch den Fürstlichen Landrat, der mit dem Fürstlichen Bezirksphysikus in Holzthaleben erschienen war, verschärft. Insbesondere wurde ein zweiter Gendarm dort stationiert, der die abgesonderten fremden Leute überwachen soll. Wie das Ebeleber Bezirksblatt hierzu noch meldet, stellte der Bezirksphysikus noch zwei weitere Erkrankungsfälle von Erwachsenen fest. Die Ueberführung dieser Leute nebst einer ansteckungsverdächtigen Frau in das Landkrankenhaus ist ebenfalls erfolgt. Ein ansteckungsverdächtiges Kind ist mit seiner Mutter unter strenge Kontrolle gestellt worden.

Barby, 26. März. Auf Vorwerk Zeitz ist einer der eingetroffenen landwirtschaftlichen Saisonarbeiter an schwarzen Pocken erkrankt.

Könnern, 28. März. (Einbrecher.) In der Nacht zum Dienstag wurde im Bürgergarten eingebrochen. Die Spitzbuben, die durch ein Saalfenster vom Hofe aus eingedrungen waren, plünderten den Spiel- und Schokoladen-Automaten und eine andere Kasse und nahm einige Kisten besserer Zigarrenmarken mit. Die Gauner mögen etwa 50 Mark an Geld erbeutet haben. — In vergangener Nacht wurde in Trebitz eingebrochen. In einem dem Gasthof gegenüber gelegenen Haus erbeuteten die Spitzbuben 26 Mark. Auch in Modewitz ist ein Einbruch verübt, wie kürzlich auch in Rothenburg.

Breitenworbis, 27. März. (Durch Einatmen giftiger Kohlengase) ist in vergangener Nacht der hiesige Einwohner Rautenstrauch, der auf dem nahen Kaliwerk den Posten des Wächters versah, zu Tode gekommen.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

hz. Die Anatomische Gesellschaft hält ihre 26. Versammlung vom 21. bis 24. April in München ab. — Der 18. Deutsche Geographentag findet vom 28. bis 30. Mai in Innsbruck statt. Hauptberatungsgegenstände sind: Geographie der Alpen; Mittelmeerforschung; Geschichte der Geographie; Geographischer Unterricht, seine Ziele und Bedeutung; neueste Forschungsreisen. — Die Deutsche botanische Gesellschaft hält ihre diesjährige Generalversammlung während der Pfingstwoche in Freiburg im Breisgau ab.

Professor Thon †. In Jena starb, wie man uns von dort drahtet, im Alter von 74 Jahren der Senior der juristischen Fakultät, Prof. Dr. August Thon, der seit 1883 in Jena dozierte und gleichzeitig Richter am Oberlandesgericht war.

Ein Freiligrath-Denkmal. Der Ausschuß zur Errichtung eines Ferdinand Freiligrath-Denkmals bei Rolandseck bestimmte von den eingesandten Entwürfen den des Londoner Bildhauers Wiens, eines Enkels Freiligraths, zur Ausführung.

Theater und Musik.

Die Theaterdirektoren gegen die Kinos.

Eine aus den Direktoren Dr. Brahm, Barnowski und Richard Schulz bestehende Deputation wird in der nächsten Woche die Wünsche der Berliner Theaterleiter im Namen des Verbandes Berliner Theaterdirektoren dem Minister des Innern, Herrn v. Dallwitz, persönlich vortragen.

Es sollen in erster Reihe die Maßnahmen besprochen werden, die die Theaterdirektoren gegen das Ueberhandnehmen der Kinematographentheater erstreben. Die Direktoren beabsichtigen, wie wir bereits berichteten, den bei ihnen engagierten Schauspielern die Mitwirkung bei kinematographischen Aufnahmen streng zu verbieten und jede Uebertretung dieses Verbotes als Kontraktbruch zu bestrafen. Es soll ferner angestrebt werden, daß die Kinematographentheater der Konzessionspflicht unterstellt werden und daß bei Erteilung der Konzession die Bedürfnisfrage geprüft wird.

Theaterskandal im Münchener Residenztheater. Anläßlich der Erstaufführung der Komödie „Die Kassette" von Karl Sternheim im königlichen Residenztheater in München kam es, wie dem „B. T." telegraphiert wird, in Anwesenheit mehrerer bayerischer Prinzen und Prinzessinnen zu einem Skandal, wie ihn München seit langem nicht erlebt hat. Schuld hatte daran ebenso das schlechte Stück wie die miserable Aufführung. Schon nach dem ersten Akt wurde heftig gezischt, und nach dem dritten Akt bemächtigte sich des Publikums eine allgemeine Aufstimmung. Man lachte mitten in die Szene, applaudierte ironisch, und als auf der Bühne der Satz fiel: „Es ist wirklich sehr unruhig heute", war kein Halten mehr. Der Autor erschien vom dritten Akt an vor der Rampe, die Zischer behielten aber bis zum Schluß die Mehrheit.

Vermischtes.

Die Ueberschwemmung der Berliner Untergrundbahn.

Berlin, 28. März.

Die fortgesetzten Anstrengungen der Bauleitung, die bestehende Gefahr herabzumindern und wenigstens einen Stillstand herbeizuführen, sind in den Mittagsstunden von Erfolg gekrönt worden. Bis um 11 Uhr konnte man noch ein andauerndes Steigen des Wassers auf der ganzen Strecke beobachten. Die Treppenstufen auf den Zugängen zu den einzelnen Stationen der unter Wasser gesetzten Strecke waren bis etwa Meterhöhe überflutet. Ein Abdichten der beiden Dämme in der Insel- und in der Wallstraße hatte sich als unmöglich erwiesen, und so entschloß man sich, zunächst dafür zu sorgen, daß die Wassermengen aus dem Bahntunnel herausgebracht wurden. Diese Maßregel erwies sich deshalb als angebracht, weil die Feststellungen ergeben hatten, daß die Durchbruchsstelle nicht vergrößert worden sei.

Die Feuerwehr war noch im Laufe der Nacht abgerückt, nachdem es der Bauleitung gelungen war, einige Kreiselpumpen in Betrieb zu setzen. Die Versuche, durch diese Pumpen die Wassermengen zu beseitigen, erwiesen sich anfänglich als erfolglos. Das hatte wohl seine Ursache darin, daß die erste am Spittelmarkt in der Wallstraße aufgestellte Kreiselpumpe versagte. Man gab aber die Bemühungen nicht auf, die schließlich erfolgreich waren. Es gelang, am Spittelmarkt vier, in der Inselstraße eine Kreiselpumpe in vollen Betrieb zu setzen.

Seine Frau enthauptet. Der Moldauer Grundbesitzer Thimm hat laut „Posener Ztg." seiner Frau Arme und Beine gebunden und ihr mit einer Axt den Kopf abgehauen. Nach der allgemeinen Annahme handelt es sich um Erbschaftsstreitigkeiten, die den Mann so weit brachten, daß er in einem Anfall geistiger Umnachtung die Tat verübte. Nach der Tat irrte der Mörder nackend auf dem Felde umher, von Gewissensbissen geplagt, wo ihn die Nachbarn bei Tagesanbruch trafen.

Letzte Nachrichten.

Die Bluttat in Osterode.

Osterode, 28. März. Die Bluttat in der Kaserne des 18. Infanterie-Regiments wurde ziemlich spät bekannt. Sie verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch die ganze Stadt und erregte großes Aufsehen. Man wurde unwillkürlich an die Ermordung des Rittmeisters von Krosigk erinnert und infolgedessen tauchte auch bald das Gerücht auf, die Tat sei eine Folge strenger Behandlung gewesen, ohne daß dies den Tatsachen entspricht. Jedenfalls wird allen möglichen Gerüchten dadurch Vorschub geleistet, daß die Militärbehörden sich in strenges Schweigen hüllen. Nur der Adjutant des Regiments erklärte dem Berichterstatter, daß man im Regiment vor einem Rätsel stehe. Der Täter Ermsleben sei ein tüchtiger Soldat gewesen, der sich niemals etwas zuschulden kommen ließ, getreulich seinen Dienst versah und bisher in keinerlei Differenzen mit seinen Vorgesetzten geraten war. Die Untersuchung über die Motive der Tat dauert an und wird von einem herzugerufenen Militärgerichtsrat geleitet.

Allgemeine Gedächtnisfeier für Albert Traeger.

Berlin, 28. März. Eine allgemeine Gedächtnisfeier für Albert Träger, an der voraussichtlich auch Parteifreunde von außerhalb in weitem Umfange teilnehmen werden, soll am Freitag, den 29. April, veranstaltet werden, da sich eine Verbindung von Ansprachen mit der am heutigen Freitag stattfindenden kirchlichen Feier nicht hat ermöglichen lassen.

Parteitag der fortschrittlichen Partei.

Berlin, 28. März. Der allgemeine Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei findet vom 15. bis 17. Oktober in Mannheim statt.

Vertretertag der nationalliberalen Partei.

Berlin, 28. März. Wie gemeldet wird, hat der geschäftsführende Ausschuß der nationalliberalen Partei die Einberufung des Vertretertages für den 12. Mai anberaumt. Der Vertretertag findet in Berlin im Zoologischen Garten statt.

Die kretische Frage.

Wien, 28. März. Die Wiener „Neue Freie Presse" meldet: In hiesigen diplomatischen Kreisen glaubt man, daß die kretische Frage durch den Wahlsieg Venizelos viel von ihrer Bedeutung verloren habe. Die griechische Regierung wird sich stark genug fühlen, an ihrer Kretapolitik festzuhalten und allen Wünschen entgegentreten, die zu einem Konflikt mit der Türkei führen könnten.

Feuersbrunst in einer ungarischen Ortschaft.

Budapest, 28. März. Die Ortschaft Trsztena, Bezirk Kralova, ist vollständig eingeäschert. Das Feuer brach gestern nacht aus. Von da an sind mehr als 300 Häuser niedergebrannt, darunter ein Bankgebäude, das Gymnasium, ein Kloster und das Bezirksamt. Auch die vom Kloster unterhaltene Kirche und die Synagoge wurden eingeäschert. Zahlreiche Haustiere sind umgekommen. Infolge des heftigen Sturmwindes ist eine Isolierung des Feuers unmöglich. Der Schaden ist riesig. Die Bevölkerung sieht großem Elend entgegen.

Vermischte Drahtnachrichten.

Hagenau i. Elsaß, 28. März. Hier wurde das Urteil gegen den Zögling der hiesigen Zwangserziehungsanstalt Cavallini, der den Zögling Nichts ermordet hatte, gesprochen. Es lautet auf sechs Jahre Gefängnis.

Newyork, 28. März. Aus Mexiko wird gemeldet, die Rebellen in Chihuahua haben den Banken eine Zwangsanleihe aufgenötigt. Die Banca Nationale mußte 270 000, die Banca Minerva 75 000 Dollar hergeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120329010/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,

Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital: 160 Millionen Mark. — Reserven: 32 Millionen Mark.

Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklassigen Wertpapieren.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 206,25, Diskonto 184,50, Deutsche Bank 257, Berliner Handelsgesellschaft 172,62, Dresdner Bank 157,37, Commerz- u. Discontobank 113,50, Russische Anleihe von 1902 90,75, Türkenlose 173,25, Lombarden 17,37, Canada 238, Baltimore 106, Laurahütte 174,75, Bochumer Guss 226,75, Gelsenkirchen 199,37, Harpener 199, Deutsch-Luxemburg 185,37, Phönix 256, A. E.-G. 259,87, Siemens & Halske 236,50, Hamburger Paketfahrt 137,62, Nordd. Lloyd 106,37, Gr. Berl. Strassenbahn 186,25, Aumetz-Friede 180, Hansa 223,51. Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Berlin-Anhalter Masch. 7. R. Frister 3, Kirchner & Co. 3,50, Linke Waggon 2,50, Zeitzer Masch. 3, Höchster Farben 3, Riedel 4, Chemische Werke Charlottenburg 2,60, Nordd. Steingut 2,60, Stettiner Chamotte 6,50, C. Lorenz 5,75, Boesperde 3, Königsborn 3, Wittener Stahlröhren 2,75; niedriger: Adler Fahrrad 7, Düsseldorfer Waggon 2,75, Deutsche Waffenfabr. 3, Karl Lindström 2,75, Reiss & Martin 2,25, Schwanebeck Zement 2,50, Kont.-Ges. f. elektr. Untern. 2,75, Girmes & Co. 3,75, Thale Vorz.-Akt. 2,60.

Zum Kurszettel. Berlin, 28. März. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 100,00G. 4% Bayrische Staats-Anl. 100,10G. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 100,40G. 4% Schwarzburg-Sondershausen —,—. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 —,—. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile 90,60bB 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 93,10G. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1909 —,—. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 16 —,—. 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1895 —,—. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 98,80b. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 —,—. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 —,—. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 98,50G. 4% Quedlinburger Stadt-Anl. 1903 unk. 1918 —,—. 4% Thorner Stadt-Anl. 1909 unk. 19 —,—. 4 proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII —,—. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. —,—. 4½% Deutsche Solvay-Werke 101,00b 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 103,25b. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 100,25bG. Vereingte Lausitzer Glashütten 391,00bG.

Londoner Börse vom 28. März. Es notierten: Engl. Konsols 78,06, Rio Tinto 75,75, Geduld 1,06, Goldfields 4,46, Steel com. 63,61, Steel prefs. 115,50, Rand Mines 6,57, Anaconde 8,37, Eastrand 2,92, Chartered 1,56, Aurora West 0,50, Cinderella Deep. 1,00, Johannesburg Goldfields 0,21, Van Ryn 3,87, Albus (Generals) 1,00 Rand Collieries 0,40, West Rand Consols 19/0, General Mining & Fin. 1,00, A. Görz & Co. 0,93, Modderfontain 11,32.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 28. März.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Adolfsglück-Aktien	64	65½	Johannashall	5100	5200
Alexandershall	11,200	11,600	Justus-Aktien	90	91
Beienrode	6600	7000	Kaiseroda	10400	10600
Bismarckshall-Akt.	109	111	Krügershall-Aktien	129½	130
Burbach	14900	15200	Ludwigshall-Aktien	65½	65
Carlsfund	6300	6950	Neusollstedt	3700	3825
Deutsche Kali-Akt.	—	—	Neustassfurt	11100	11800
Friedrichshall-Akt.	129½	130½	Nordhäuser Kali-A.	113	114
Glückauf-Sondersh.	20200	21000	Prinz Adalbert-Akt.	58	60
Grossherz. Sachsen	9900	9900	Reichskrone (Lossa)	425	475
Günthershall	5200	5500	Richard	100	125
Hannov. Kali-Aktien	82	84	Ronnenberg-Aktien	120	121
Hansa Silberberg	7600	7700	Rothenberg	3300	3350
Hattorf-Aktien	129,50	130,50	Sachsen-Weimar	7800	7900
Heiligenroda	9500	9600	Salzdetfurth-Aktien	327	330
Heldburg-Aktien	68½	69½	Salzmünde	6875	6950
Heldrungen I	122	127	Siegfried I	6650	6750
Ideringen	5700	5900	Siegmundshall-Akt.	180	181
Hermann II	1900	2000	Teutonia-Aktien	34	35½
Hohenfels	7300	7400	Walbeck	5200	5350
Hohenzollern	7000	7450	Wilhelmshall	10950	11200
Hugo	10400	10600	Wintershall	18200	19200
Immenrode	4960	5000			

Portlandzementfabrik Halle.

In Ergänzung unserer bisherigen Mitteilungen führen wir aus dem Geschäftsbericht noch folgendes an:

Der Bruttogewinn beträgt 102 960,17 Mk. Die Verwaltung schlägt vor, nach Abzug der statutgemäss durch den Aufsichtsrat in Höhe von 47 984,57 Mk. festgesetzten Abschreibungen, den verbleibenden Ueberschuss von 54 975,60 Mk. (1910 Fehlbetrag 67 863,84 Mk.) wie folgt zu verwenden: Rücklage in den Reservefonds 2748,78 Mk., Rücklage in den Dispositions- und Delkrederefonds 10 000 Mk., 3 Proz. Dividende 37 500 Mk., Gratifikationen an die Beamten 2000 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 2726,82 Mark, zusammen 102 960,17 Mk.

Die Abschreibungen (1910 45 564,32 Mk.) erfolgten mit Ausnahme derjenigen auf Steinbruchkonto, die mit 3000 Mk. anstatt 2000 Mk. und der Abschreibungen auf Maschinenkonto, die mit 8 Proz. anstatt 6 Proz. vorgenommen wurden, nach den Sätzen des Vorjahres.

Die in unserem vorjährigen Bericht gehegten Erwartungen auf Uebergang zu einer Besserung in der Zementindustrie verwirklichten sich nicht in dem erhofften Umfange. Durch die im Vorjahre vor Abschluss der Kartellverträge von den Fabriken noch zu billigen Preisen getätigten Vorverkäufe einerseits und die Preisgestaltung für das Jahr 1911 andererseits, die unter Berücksichtigung der damals herrschenden Zustände es nicht zuliess, die Verkaufspreise für das ganze in Betracht kommende Gebiet entsprechend zu erhöhen — dieselben mussten sogar aus zwingenden Gründen gegen das Jahr 1910 für einzelne Bezirke noch eine Verminderung erfahren — wurde der Durchschnittserlös und somit das Jahresergebnis beeinflusst.

Trotzdem ist es uns gelungen, bei befriedigenden Betriebsverhältnissen, durch erhöhten Absatz und grössere Produktion, verbunden mit einer nicht unwesentlichen Verbilligung der Erstellungskosten, vorstehendes Resultat zu erzielen.

Was die Aussichten für das laufende Jahr anbetrifft, so erwähnen wir, dass nach der vor kurzem nach äusserst schwierigen Verhandlungen erfolgten Einigung der Fabriken der Berliner Gruppe unter sich und mit den Nachbarverbänden es möglich wurde, für das Jahr 1912 durchweg höhere Verkaufspreise festzusetzen.

Die Lage für die nächste Zukunft ist demnach — abgesehen von unvorhergesehenen Zwischenfällen — als günstiger zu bezeichnen.

Preiserhöhungen am Stabeisenmarkt.

Das Peiner Walzwerk nahm Erhöhungen der Stabeisenpreise um 2 bis 3 Mk. per Tonne vor. Die Preise betragen jetzt: 117 Mk. ab Peine für Berlin, 112 Mk. Frachtbasis Oberhausen für Brandenburg und 113 Mk. für alle übrigen Bezirke. Die Preise verstehen sich rein netto.

Hamburg-Amerika-Linie.

In der Generalversammlung der Hamburg-Amerika-Linie erklärte der Vorsitzende Johann Witt, dass der Aufschwung des Handels und der Schiffahrt im letzten Jahre sich ungeschwächt auf das laufende Jahr übertragen habe. Es beständen alle Aussichten, dass dieser lebhafte Güteraustausch weiterhin anhält. Die Arbeiterverhältnisse in Amerika scheinen gebessert zu sein, die Auswanderung lässt eine bescheidene Zunahme konstatieren, die Ergebnisse des laufenden Jahres seien bisher erheblich besser als die des Vorjahrs. Der Kohlenstreik in England veranlasse Mehrausgaben, infolgedessen wurden die Frachten erhöht.

Die Abrechnung wurde genehmigt, ebenso die Kapitalserhöhung. Die 25 Mill. Mk. neuer Aktien werden von einem Konsortium unter Führung der Norddeutschen Bank zu 115 Proz. übernommen und zu 120 Proz. angeboten. Am Nettogewinn partizipiert die Hapag zur Hälfte. Seitens eines Aktionärs wurden die Kapitalserhöhung sowie die Erteilung fremdländischer Schiffsnamen bemängelt. Generaldirektor Ballin erwiderte, dass die Reederei den ersten Anprall der Konjunktur aushalten müsse. Er glaubt nicht, dass die kleine Kapitalserhöhung Bedenken erwecken könne. Vorsichtigerweise habe man bis zur Erneuerung der grossen Verträge gewartet; man dürfe zur Verwaltung Vertrauen haben. Stillstand bedeute Rückgang. Er glaubt, dass die Rentabilität des Unternehmens nach Einstellung von drei Schiffen der Imperatorklasse auf einer ganz anderen Basis stehe. Die Weltlage sei nie friedlicher gewesen wie in diesem Augenblick.

Die Schuhfabrik J. A. F. Tieck in Erfurt ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Passiven sind bedeutend. Die erste Gläubigerversammlung brachte noch kein Ergebnis über das weitere Schicksal der Firma.

Thüringische Landesbank. In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 9 Proz. festgesetzt und an Stelle des ausgeschiedenen Bankdirektor Alfred Hommel in Magdeburg Bankdirektor Dr. Friedrich Köhler in Magdeburg für den Rest der Wahlperiode neu in den Aufsichtsrat gewählt. Ueber das laufende Geschäftsjahr wurde mitgeteilt, dass sich der Gesamtumsatz für die Monate Januar und Februar auf 78 Mill. Mk. gegen 63 Mill. Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres beläuft.

Torgauer Stahlwerk Akt.-Ges. Die Gesellschaft sieht sich gezwungen, Mitteilung nach § 240 des Handelsgesetzbuches (Verlust von mehr als die Hälfte des Aktienkapitals) zu machen. Weiter beantragt die Verwaltung die Herabsetzung des Grundkapitals der Gesellschaft von 1 Mill. Mk. um 325 000 Mk. und die Wiedererhöhung um 200 000 Mk. Das Geschäftsjahr 1910 schloss mit 133 567 Mk. Verlust ab.

Deutsche Zündholzfabriken Akt.-Ges. zu Berlin. Die Generalversammlung, in der 1410 Stimmen vertreten waren, genehmigte die mit einem Verlust von 49 062 Mk. abschliessende Jahresrechnung. An Stelle des verstorbenen Herrn Gilbert Bartholomew in London wurde Herr George W. Paton (i. Fa. Bryant u. May), London, neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Die Zigarettenfabriken „Delta", Tschache & Bensky, wurden mit 1½ Mill. Mk. Stammkapital in eine G. m. b. H. umgewandelt.

Vom Markt der Juteerzeugnisse erstattet der Verein Deutscher Juteindustrieller in Braunschweig unter dem 27. März nachstehenden Wochenbericht: Kalkutta. Hessians 10½ oz 40" stellen sich unverändert auf 14,4 Rs. per 100 Yards. New York. Hessians 10½ oz 40" bedingen wie bisher 7,50 Cts. per Yard. Dundee. Markt fest. Es notieren: Hessians 10¼ oz 40" 2 7/16 (bisher 2 11/16) d. per Yard. Nr. 6 Schussgarn 2 sh. 3½ d. (bisher 2 sh. 4½ d.) per Spyndle. Deutschland. Der Markt verlief unverändert fest.

Zahlungseinstellung einer Getreidefirma. Die Getreidefirma Max Blumenthal in Danzig hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Firma hatte der „Voss. Ztg." zufolge ein bedeutendes Getreidegeschäft und scheint durch grosse Vorverkäufe nach dem Auslande stärkere Verluste gehabt zu haben. Die Passiva sind noch nicht bekannt, doch glaubt man, dass sie ca. 200 000 Mk. nicht viel übersteigen.

Die Generalversammlung der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt setzte die Dividende auf 9 Proz. fest und wählte neu in den Aufsichtsrat Direktor Franz Urbig von der Berliner Discontogesellschaft an Stelle des verstorbenen Geheimrats Schoeller und Bankiers Otto Keil von der in die Bank übergegangenen Leipziger Bankfirma J. C. Salefsky.

Der Verein Deutscher Nietenfabrikanten hält Anfang der nächsten Woche eine Versammlung zwecks Neuregulierung der Verkaufspreise ab. Es ist beabsichtigt, eine mässige Preiserhöhung eintreten zu lassen. Die Beschäftigung ist allgemein befriedigend.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 28. März. Am Frühmarkt sortierten Weizen inländ. 212,00–214,00 ab Bahn und frei Mühle, Roggen inländ. 185,50–188,00 ab Bahn und frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussisch., posenscher und schlesischer lein 208—213, mittel 204–207, gering 190—203, russisch. und Donau mittel 200–205, gering 195–199 ab Bahn und frei Wagen. Mais amerikanischer mixed, 179–183, abfallender — —, runder 179,00–183,00 frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste, mittel und gering 185,00 190,00, gute 191—202, russische und Donau leichte 178,00–182,00, schwere 185 188 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen inländische und ausländische Futterware mittel 180–187, Taubenerbsen 168–196 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 24,50 bis 28,00. Roggenmehl 0 und 1 21,80–23,00. Weizenkleie 13,90–14,25. Roggenkleie 13,90–14,25.

Magdeburg, 26. März. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weizen engl. und Sommer fest, gut 209 212. Weizen Kolben — —. Roggen, inländ. stetig, gut 184–188. Gerste ausländ. Futtergerste fest, gut 174–186. Hafer inländ. träge gut 202–206. Mais runder fest, gut 176–178, amerik. bunter, gut 170–173 M.

Hamburg, 28. März. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Ostholst. Mecklbg., 215–216. Roggen ruhig, Mecklburg. und Pomm., 190–192, Gerste fest, südruss. 167–168. Hafer fest. Holsteiner. — — Mecklenburger — — —, neuer Holsteiner und Mecklenburger 205 bis 215. Mais fest, La Plata —, mixed 143 1-6, mixed loco 145.

Antwerpen, 28. März. Deutsches La Plata-Kontrakt Basis per März —,—. Mai 6,56. Juli 5,52½. Sept. 5,50. Nov. 6,41½ Fr. Umsat 340,000 kg. Stetig.

Liverpool, 28. März. Roter Winterweizen per Mai 7,8½, per Juli 7,7¼ Stetig. Mais, Mai 6,5½, La Plata Juli 5,5½. Ruhig.

Pest, 28 März. Weizen per April 11,39 G., 11,40 B., Mai 11,38 G., 11,39 B. Roggen per April 9,89 G., 9,90 B. Hafer per April 8,57 G., 8,58 B. Mais per Mai 8,74 G., 8,75 B., per Juli 8,70 G., 8,71 B., per Aug. —,— G., —,— B. Raps Aug. 15,59 G., 15,60 B.

Zucker.

Hamburg, 28. März. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per März	14,62	14,55	14,52½ M.
„ April	14,65	14,60	14,55 „
„ Mai	14,95	14,82½	14,85 „
„ August	15,20	15,00	15,02½ „
„ Okt.-Dez.	11,37½	11,20	11,22½ „
„ Jan.-März	—,—	—,—	—,— „
	fest	matt	stetig

Kaffee.

Hamburg, 28. März. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	68 G.	— G.	— G.
„ Mai	69 G.	67¼ G.	67¼ G.
„ September	69 G.	68¼ G.	68¼ G.
„ Dezember	65½ G.	67½ G.	67½ G.
	stetig	behauptet	behauptet

Rio de Janeiro 28. März. Kaffee-Zufuhren 8,000 Sack in Rio 13,000 Sack in Santos.

Havre, 28. März. Kaffee good average Santos per März 87½, per Mai 85, per Sept. 84½, per Okt. 83½. Ruhig.

Eier.

Berlin, 28. März. Eier pro Schock, vollfrische ausländische —,— bis —,—, in- und ausländische bessere dorten 3,45—4,00, in- und ausländische geringere Sorten 3,25—3,30, zweite Sorten —,— —,—, Kühlhauseier —, Kalkeier —, kleine Eier 3,10—3,20 M. Matt.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Magdeburg, 28. März. Prima Kartoffelstärke und -Mehl fix 100 kg 33,00–33,50. Ruhig.

Berlin, 28. März. Kartoffelmehl und -Stärke 32,25. Feuchtes Kartoffelmehl —,—.

Spiritus.

Nordhausen, 28. März. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—100 V) 95,50—96,50 M., do. 46 Vol. Proz. für 100 kg (100—107 V) 106,75—107,75 Mark per März 1912 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Originalbericht von Gebr. Gause.

27. März 1912.

Butter: Das Geschäft in feiner Butter ist etwas ruhiger geworden, was wohl hauptsächlich auf billigere Angebote vom Ausland zurückzuführen ist. Die Eingänge feinster inländischer Butter liessen sich jedoch zu unveränderten Preisen räumen. Für russische Butter besteht nach wie vor gute Kauflust. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qualität 144—146 Mk., do. IIa Qualität 140—144 Mk. — Schmalz: Bei steigenden Schweinepreisen und mässigen Zufuhren an den amerikanischen Hauptschlachtplätzen war eine weitere Steigerung der Preise für Schmalz und andere Schweineprodukte die notwendige Folge. Es dürfte auch ferner der sich bereits jetzt infolge fehlender Fettvorräte zeigende Mehrbedarf Deutschlands allmählich in immer stärker werdendem Masse seinen Einfluss auf die amerikanischen Märkte ausüben. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 56—57 Mk., amerik. Tafelschmalz Borussia 58 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 57,50—64 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 58 bis 64 Mk. — Speck: Knapp und steigend.

Hamburg, 28 März. Stadtschmalz 57,00. amerik. Steam 48,00, Chamberlain 50,50.

Köln, 28. März. Rüböl loko 66,00, per Mai 64,00.

Chemische Produkte.

Hamburg, 28. März. Chilisalpeter per loko 10,90, Febr.-März 10,12½, frei Fährzeug Hamburg. Stetig.

Wolle.

Bremen, 28. März. Baumwolle stetig. Upl. loko middl. 55,75.

Liverpool, 28. März. Baumwolle. Umsatz 7 000 Ballen, Import 21000 Ballen, davon Amerikaner 15000 Ballen.

Liverpool, 28. März. Aegyptische Baumwolle per Mai 9,02.

Alexandria, 28. März. Aegyptische Baumwolle per März 17,04 Mai 17,01, Nov. 16,31.

Metalle.

London, 28. März. Chili-Kupfer stetig 68½, Mon. 69¾. Zinn Straits ruhig 192½, 3 Mon. 191. Blei span., träge 16 1/16 engl. 16½. Zink, gewöhnl. Marke, fest 25½, spec. Marke 25¼.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	28.3.	27.3.	Chicago.	28.3.	27.3.
Weizen p. Mai	108⅜	108⅞	Weizen p. Mai	103¼	103¼
„ „ Juli	104⅛	104⅛	„ „ Juli	98⅛	98⅛
Mais prompt	77⅛	76⅞	Mais p. Mai	73¼	73¼
„ p. Mai	—	—	„ „ Juli	73⅛	73⅛
Mehl Spring clears	4,30	4,30	Hafer p. Mai	54⅛	54⅛
Kaffee Fair Rio Nr. 7	14¾	14¾	„ „ Juli	50⅛	50⅛
„ p. März	13,72	13,69	Roggen prompt	91⅛	91⅛
„ p. April	13,73	13,70	Schmalz p. Juli	9,82½	9,85
Petroleum in Cases	10,10	10,10	„ Mai	10,00	10,02½
do. in New York	8,20	8,20			
do. in Philadelphia	8,20	8,20			

Tendenz: Weizen willig. Mais ruhig.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	27. März	+0,46	28. März	+0,45	1	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,08	„	+2,08	—	—
„ Unterpegel	„	+1,48	„	+1,48	—	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+3,44	„	+3,44	—	—
„ Unterpegel	„	+0,38	„	+0,40	—	4
Trotha	27.	+1,76	28.	+1,80	—	4
Alsleben, Oberpegel	27.	+2,36	28.	+2,38	—	2
„ Unterpegel	„	+1,26	„	+1,24	2	—
Bernburg	„	+0,86	„	+0,86	—	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,48	„	+1,48	—	—
„ Unterpegel	„	+0,50	„	+0,49	1	—

Iser.	März	Fall	Wuchs	Eger.	März	Fall	Wuchs	Elbe.	März	Fall	Wuchs	Moldau	März	Fall	Wuchs
Jungbunzl.	27. +0,12	—	—	Wittenberg	28.	+3,14	5	—							
Laun	+0,27	—	6	Rosslau	„	+1,46	6	—							
Budweis	„	—	—	Barby	„	+1,58	5	—							
Prag	+0,10	—	—	Schönebeck	„	+1,52	4	—							
Pardubitz	„ -0,41	4	—	Magdeburg	„	+1,59	1	—							
Brandeis	„ +0,40	5	—	Tangermünde	„	+2,12	6	—							
Melnik	„ +0,52	2	—	Wittenberge	„	+1,77	5	—							
Leitmeritz	28 +0,30	—	5	Dömitz	27.	+1,36	3	—							
Aussig	„ +1,59	—	7	Boizenburg	„	+1,87	—	7							
Dresden	„ -1,06	—	—	Hohnstorf	28.	+1,46	2	—							
Torgau	„ +1,10	2	—	Lauenburg	„	+1,44	3	—							

Aussig, 28. März. Pegelstand plus 59 cm. Vom Oberlauf werden 31 cm Wuchs gemeldet.

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienststelle Ilmenau, Donnerstag, 28. März, 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Das nordwestliche Tief ist unter weiterer Verstärkung nach Finnland weitergezogen, der Ausläufer hat schwache Gewitter und Regen verursacht. Ein neues Tief folgt von Island nach, sodaß eine wesentliche Aenderung in der Wetterlage nicht zu erwarten ist.

Witterungsaussicht für den 29. März:

Meist stark bewölkt, Temperatur wenig verändert, geringer Regen, schwacher westlicher Wind.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.)

30. März: Bewölkt, teils heiter, kühl, windig.
31. März: Meist bedeckt, kühl, windig.
1. April: Trübe, rauhe Luft, lebhafter Wind.
2. April: Bewölkt, trübe, kalt.
3. April: Vielfach bedeckt, rauher Wind, kühl.

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meitner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120329010/fragment/page=0005

Berliner Börse, 28. März 1912

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	*4* 1.Apr.	*7* 1.Juli	*O* 1.Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.	*q* quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 11.6.12.	*qa* do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.	*qb* do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85 — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4 — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M

Berlin. Bankdiskont 5%, Lombardzinsfuß 6%, Privatdiskont 4⅞%.

Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Preußisch. Rentenbriefe

Stadt-, Kreis- etc. Anleih.

Deutsche Pfandbriefe

Deutsche Lose

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

Eisenbahn-Stamm-Aktien

Strassen- u. Kleinbahnen

Schiffahrts-Aktien

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Deutsche Hypoth.-Pfandb.

Obligat. industr. Gesellsch.

Bank-Aktien

Industrie-Aktien

Berliner Brauereien

Auswärtige

Chemische Fabrik

Wechselkurse

Amst.-Rtt.	8 T.	4	169.05b
Brüss. u. A	8 T.	4½	80.475bB
Kopenhg.	8 T.	5	—.—
London	vista	3½	20.445bG
do.	8 T.	3½	20.425b
do.	3 M.	3½	20.25G
Madr. u. B.	14 T.	4½	—.—
Neuyork	vista	—	4.19b
Paris	vista	—	81.00bG
do.	8 T.	3½	—
do.	2 M.	3½	80.55b
Wien	8 T.	5	84.70b
do.	2 M.	5	—.—
Schweiz	8 T.	4	80.80bB
Stockhlm.	10 T.	5½	112.15b
Ital Plätze	10 T.	5½	80.15b
Petersb.	8 T.	5	—.—
Warschau	8 T.	5	—.—

Gold, Silber, Banknoten

Sovereigns p. Stück	—.—
20-Frank-Stücke	16.25b
N.Russ.Gold p.100R	—.—
Amerik. Noten	4.1925b
do. do. kleine	—.—
do. Kup.z.N.-Y.	—.—
Belgische Noten	—.—
Engl. Banknoten 1 L.	20.43b
Franz.Bankn. 100Fr.	81.50bG
Holländ. Banknoten	169.20b
Italienische Noten	80.60b
Norwegische Noten	—.—
Schwedische Noten	112.35b
Schweizer Banknot.	80.90b
Oest. Noten 100 Kr.	84.75b

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120329010/fragment/page=0006